

Die Mitgliederversammlung
des Grenzfriedensbundes
wird am Sonnabend, dem 7. Mai 1988,
in Rendsburg stattfinden. —

Bitte vormerken!

Grenzfriedensbund

Anschrift: Hafendamm 15, 2390 Flensburg
Geschäftsführer: Walter Harenberg
Sprechzeit: Montag bis Freitag 9.30-12.00 Uhr
Fernsprecher (04 61) 2 67 08,
außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 5 57 06

Beitrag: 12 DM für Einzelmitglieder, 25 DM für Verbände, Schulen usw.

Bankkonten: Stadtparkasse Flensburg 2 001 020 (BLZ 215 500 50)
Sparkasse NF Husum 13 862 (BLZ 217 500 00)
Postgiroamt: Hamburg 114 07-206 (BLZ 200 100 20)

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Kurt Hamer</i> In Verantwortung vor unserer Geschichte die Zukunft mitgestalten	3
<i>René Leudesdorff</i> Helgoland - Zerstörung und Befreiung.....	14
<i>Ulrich Schulte-Wülwer</i> Niko Wöhlk als »entarteter Künstler«.....	30
<i>Perke Heldt</i> Wir müssen davon erzählen	38
<i>Jens Peter Jensen</i> Jugendarbeitslosigkeit im Landesteil Schleswig	45
Umschau ab Seite 55	

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.
Der Bezugspreis ist enthalten im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes.
Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.
Redaktion der Grenzfriedenshefte Hafendamm 15, 2390 Flensburg.
Verantwortlich: Artur Thomsen, Holstengang 4, 2390 Flensburg.
Druck: Schleswiger Druck- und Verlagshaus GmbH

In Verantwortung vor unserer Geschichte die Zukunft mitgestalten

Beim Deutschen Tag in Tingleff, im November 1987, hat der ehemalige Vizepräsident des Schleswig-Holsteinischen Landtags eine vielbeachtete Rede gehalten, die wir wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung im folgenden abdrucken. Kurt Hamer fragt darin nach dem Verhältnis der Deutschen zu ihrer Vergangenheit und nach den Erkenntnissen, die aus der Geschichte herzuleiten sind, um die Zukunft verantwortlich mitzugestalten.

Die Redaktion

Auf dem Deutschen Tag 1987 die Festansprache halten zu dürfen, ist mir eine große Freude. Bevor ich mich jedoch meinem Thema zuwende, drängt es mich, ein persönliches Wort zu sagen. Ich danke all den Freunden in Nordschleswig von Herzen für die Bereicherung, die mir die Begegnungen mit ihnen gegeben haben.

In Rinkenisee, wo 1959 meine Verbindung zur deutschen Volksgruppe mit der Wahrnehmung der Nortorfer Patenschaft für die kleine deutsche Schule ihren Anfang nahm, in Gravenstein, dem Mittelpunkt des Fördekreises, bei den Deutschen Tagen, auf dem Knivsberg, in Sankelmark, bei den Sitzungen unseres Kontaktgremiums, bei offiziellen Treffen und im privaten Kreis – immer habe ich mich hier oben zu Haus und wohl gefühlt.

Ich verdanke der warmherzigen Aufnahme bei Ihnen nicht nur Eindrücke und Einsichten, die meine politische Arbeit stark geprägt haben. Erwachsen sind daraus zahlreiche persönliche Freundschaften, in die auch meine Frau einbezogen worden ist, und darüber hinaus freundschaftliche Kontakte zu dänischen Politikern und zu Angehörigen der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein, auch hier bis hin zu dauerhaften persönlichen Freundschaften. Sprechen soll ich zum Motto dieses Deutschen Tages: Geschichte – Verantwortung – Mitgestaltung. Das ist ein schwieriges Thema. Aber man hat mir Freiheit gelassen. Deshalb will ich mich mehr der Geschichte zuwenden und der Frage: Wo können wir anknüpfen, wenn wir heute in Verantwortung vor unserer Geschichte die Zukunft mitgestalten wollen.

Beginnen will ich mit einer schlichten Wahrheit: Aus der eigenen Geschichte kann man nicht aussteigen. Die Vergangenheit kann man nicht abschütteln, sie ist immer gegenwärtig. Die Gegenwart ist das Ergebnis unserer Geschichte. Deshalb auch halte ich die Auseinandersetzung über die Frage für unausweichlich, wie es denn zu unserer politischen und gesellschaftlichen Situation gekommen ist, was uns heute unsere Geschichte bedeutet und wie wir

sie zu bewerten haben.

Die offene Debatte darüber kann, wenn sie mit Herz und Verstand geführt wird, hilfreich und fruchtbar sein.

Aus der Geschichte nicht aussteigen können, heißt zunächst einmal: Wir dürfen unsere Landsleute in Nordschleswig nicht allein lassen, wenn sie sich bemühen, ihren Standort im historischen Prozeß zu klären.

Wer über Geschichte im Grenzraum spricht, wer urteilt über Verhalten und Fehlverhalten von Deutschen nördlich und südlich der Grenze, der muß wissen: Die Last unserer Geschichte ist unteilbar. Was hier geschah, ist eingebunden in die gesamte deutsche Geschichte und muß von allen Deutschen getragen werden.

Um einem Mißverständnis vorzubeugen, füge ich hinzu: Es geht mir nicht allein um die Zeit von 1933 bis 1945. Denn natürlich machen nicht nur die zwölf Jahre der Nazi-Herrschaft allein die Geschichte Deutschlands aus. Aber keine zwölf Jahre deutscher Geschichte waren von solch epochaler Wirkung wie diese. Kein Abschnitt deutscher Geschichte hat so viele Deutsche schuldig werden lassen und Deutschland so mit Schande beladen.

Keine Generation von Politikern hat bei ihrem unrühmlichen Abgang einen solchen moralischen, geistigen und politischen Trümmerhaufen hinterlassen wie 1945.

Niemand darf sich deshalb wundern, wenn uns auch noch Jahrzehnte nach dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft die Geschichte dieser zwölf Jahre immer wieder einholt, und wenn immer wieder bohrende Fragen gestellt werden. Aber man wird der Wahrheit und Gerechtigkeit halber auch darauf hinweisen müssen, daß es noch eine andere deutsche Geschichte gibt.

Während seines dänischen Exils in der Nähe Svendborgs antwortete Bertolt Brecht einmal auf die Frage, wie er die Zukunft sehe: »Die Zukunft Deutschlands ist nicht die Zukunft Hitlers. Hitler ist nicht Deutschland.«

Das ist richtig. Und es gibt viele Zeugnisse dafür. Dennoch müssen wir erkennen: Der Nationalsozialismus war kein Betriebsunfall der deutschen Geschichte, er war keine historische Entgleisung. Dieser Tiefpunkt Deutschlands findet seine Begründung in den Jahren vor 1933.

Die nationalsozialistische Weltanschauung und ihre Umsetzung in politische Barbarei lagen zwar nicht in der Logik der deutschen Geschichte – Hitler war vermeidbar. Aber was zu 1933 führte und was bis 1945 geschah, hatte Ursachen, die tief in der deutschen Geschichte wurzelten.

Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus heißt deshalb, seine geistigen und emotionalen Traditionslinien zu beschreiben und die Kontinuität sichtbar zu machen, in der er historisch stand.

Was aber nun heißt, wir sollten die Debatte darüber mit Herz führen?

Man mag, wie ich, skeptisch aufhorchen, wenn gefordert wird, wir Deutschen

sollten wieder nationalbewußter, patriotischer denken und empfinden. Welche Deutschen sind da nun gemeint? Die Bundesbürger? Die DDR-Bürger? Wir alle? Und welches Deutschland ist es denn, auf das Nationalgefühl und Vaterlandsliebe gerichtet sein sollen? Das ganze Deutschland, von dem Ernst Moritz Arndt einst sang? Das in den Grenzen von 1937? Die Bundesrepublik? Die DDR?

Der Schriftsteller Dieter Wellershof, der, was seine Erfahrungen mit Deutschland angeht, über Hitler-Jugend, Kriegsdienst, Kapitulation, Nachkriegszeit und danach im westdeutschen Teilstaat, denselben Weg gegangen ist wie ich, sprach vor knapp zehn Jahren von seiner objektiv gewordenen Liebe zu Deutschland. Den Staat Bundesrepublik Deutschland, dieses restliche, arg geschrumpfte Land, könne er nicht für das verlorene Ganze nehmen. Er sei ein akzeptabler politischer Lebensrahmen, aber seine Liebe zu Deutschland könne er auf diesen Staat nicht übertragen.

»Deutschland«, so fügt Wellersdorf hinzu, »ist ungreifbar geworden, ein Gemurmel von Stimmen aus der Vergangenheit, eine vielgestaltige geschichtliche Erinnerung, die sich verflüchtigt.«

Ich will, um sinnfällig zu machen, worauf ich abhebe, ein Bild, besser einen Film in Ihre Erinnerung zurückrufen. Man muß nicht nur jegliches Gespür für historische Dimensionen verloren haben, man muß auch ein Herz von Stein besitzen, um nicht aufgewühlt gewesen zu sein von dem Schauspiel, das kürzlich, als Honecker die Bundesrepublik besuchte, in Bonn inszeniert wurde.

Der rote Teppich, die Nationalhymnen, der Defiliermarsch, das Abschreiten der Ehrenzüge der Bundeswehr, all die Attribute eines großen Bonner Bahnhofs für ausländische Staatsoberhäupter – das war die optische und akustische Besiegelung der deutschen Teilung für lange Zeit.

Dreigeteilt niemals – das war die Parole der fünfziger Jahre. Heute wird uns bewußt wie nie zuvor: Die deutsche Wirklichkeit – das ist *ein* Staat, der unlöslich ins westliche Bündnis und die NATO integriert ist, und das ist *ein* Staat, der ebenso fest in den Ostblock eingefügt ist, das ist ein geteiltes Berlin, und das ist eine Grenze an Oder und Neiße, die unverrückbar ist.

Deshalb schlägt mein Herz nicht höher, wenn ich an Deutschland denke und an den langen Weg einer Nation, die es heute so nicht mehr gibt.

Sich mit Herz Klarheit über die deutsche Geschichte zu verschaffen – dazu reichen Nationalbewußtsein und Nationalstolz nicht aus. Mit Herz – das heißt, für mich nicht mehr, aber auch nicht weniger, als sich der eigenen Geschichte zuzuwenden. Anteil zu nehmen an ihr und sie nicht trotz, sondern gerade wegen ihrer bis heute und noch Generationen fortwirkenden Tiefen und Irrwege anzunehmen als ein von allen zu tragendes Ganzes.

Der Patriotismus, den wir für uns reklamieren, hat sein vaterländisches Pathos verloren. Wenn wir ihn mit neuem Inhalt füllen, ihm eine zeitgemäße Würde geben wollen, dann erfordert das einen nüchtern beschreibenden und analysierenden

Verstand.

Aufrichtigkeit ist nötig, und sie verlangt, daß wir uns freimachen von Illusionen, daß wir erkennen, was falsch angelegt und fragwürdig war in unserer Geschichte. Und wir sollten uns auf die historischen Werte und Traditionen besinnen, die uns Wege in die Zukunft weisen können. Fragen an die Geschichte können historische Erfahrungen aktivieren für neue Perspektiven.

Was nun können die Deutschen in Nordschleswig in eine solche Debatte einbringen, die über die notwendige Aufhellung der Vergangenheit hinausführt?

Da ist zunächst einmal das Nachdenken über die Fragwürdigkeit nationaler Emotionen. Sie waren in ihrer nationalistischen Pervertierung eine Ursache für die Tragödie der europäischen Kriege des 19. und der Weltkriege unseres Jahrhunderts.

Die »patriotische« Vaterlandsliebe in Deutschland richtete sich allein auf die Nation, und man war nur zu gern bereit, auf demokratische bürgerliche Freiheiten zu verzichten und sich mit der Einheit des Reiches zu begnügen.

Aber die Deutschen in Nordschleswig ebenso wie die Dänen bei uns in Schleswig-Holstein haben erfahren und wissen deshalb, daß man in gesicherter politischer Freiheit leben kann, ohne im selben Staat mit dem Volk verbunden zu sein, dem man sich zugehörig fühlt.

Gerade die deutschen Nordschleswiger können uns aus schmerzlicher geschichtlicher Entwicklung die Einsicht vermitteln, daß nationale Einheit nicht alles ist.

Heute, vier Jahrzehnte nach der Teilung des von Bismarck geschaffenen Reiches und angesichts der beim Honecker-Besuch augenfällig gewordenen Festigung der beiden deutschen Staaten, können die Deutschen hier Anstöße geben zum Nachdenken über die Frage, ob nicht der Blick die Freiheit gewinnt, die deutsche Geschichte unserer Zeit losgelöst von dem Leitbild der umfassenden staatlichen Einheit zu betrachten.

Das z. B. fragte der Kieler Historiker Karl Dietrich Erdmann. »Der kleindeutsche Nationalstaat«, so stellte er fest, »ist, vor den Hintergrund der tausend Jahre deutscher Geschichte gestellt, ein relativ kurzlebiges Gebilde gewesen und keineswegs die Normallage, von der her alle anderen Zeiten zu beurteilen wären.« Erdmann kommt zu dem ernüchternden und deshalb so bedenkenswerten Ergebnis: »Die Realität der staatlichen Dreiheit« – er bezieht Österreich mit ein in seine »Überlegungen zu einer deutschen Geschichte seit der Teilung«– »die Realität der staatlichen Dreiheit hat für einen realitätsbezogenen Umgang mit der deutschen Gegenwartsgeschichte ein stärkeres Gewicht als die mit dem Wechsel der Generationen allmählich verblassende Idealvorstellung eines einheitlichen Nationalstaates. Die Lösung von dieser Norm gibt den Blick frei auf die Vielgestaltigkeit und den Reichtum auch der deutschen Geschichte heute.«

Ein solches Verständnis von der Bedeutung der nationalen Einheit macht den Blick aber auch frei für die Vielgestaltigkeit und den Reichtum unserer historischen Wurzeln und Traditionen, von denen immer noch viele verschüttet sind.

In einer Erläuterung des Projektes eines Hauses für deutsche Geschichte und Kultur in Nordschleswig zitiert Günter Weitling den englischen Historiker Toynbee mit dem Satz: »Geschichte ist die geistige Form, in der sich ein Volk über seine Vergangenheit Rechenschaft gibt, um seine Zukunft zu gewinnen.« Haben nicht gerade die deutschen Nordschleswiger aus ihrer tagtäglichen Erfahrung in dänischer Umgebung das Recht, vielleicht auch die Pflicht, uns zu einem verantwortlichen Umgang mit unserer Geschichte zu ermahnen?

Wenn in deutschen Fernsehzeitschriften heute wieder für Gedenkmedaille mit den Konterfeis des notorisch rechtsradikalen Fliegergenerals Rudel und des berühmten, als Kriegsverbrecher verurteilten SS-Generals Dietrich mit dem Hinweis geworben wird, sie gehörten zu den Tapfersten der Tapferen und hätten die ihnen auferlegten Pflichten vorbildlich erfüllt, dann könnte das für geschichtsbewußte Deutsche in Nordschleswig Anlaß sein, auf die Wirkung solcher »Würdigungen« im Ausland aufmerksam zu machen und auf Traditionen hinzuweisen und an sie anzuknüpfen, die auch Teil und der bessere Teil unserer Geschichte sind.

Zu den Opfern des 20. Juli 1944 gehörte der Professor der Nationalökonomie Jens Peter Jessen, geboren in der Nähe von Tingleff. Jessen war Bauernsohn, von national-konservativer Gesinnung, und wurde erst im Laufe der Zeit zu einem entschiedenen Gegner der NS-Diktatur. Er gehörte dann jedoch zu den Widerstandskämpfern, die am stärksten zu einem Attentat auf Hitler drängten. Er hat seine Tapferkeit mit einer schmachvollen Hinrichtung bezahlt.

Die deutsche Volksgruppe kann auch verweisen auf die Erklärung des »Hadersiebener Kreises« von 1943, in der das bemerkenswerte Prinzip formuliert wird: »Das Recht des Lebens ist stärker als Postulate und Dogmen der Historie.« Geist dieser Einsicht atmet die Loyalitätserklärung des Bundes deutscher Nordschleswiger von 1945.

Ich erinnere auch an die deutsche Emigration nach Dänemark. Warum sollte nicht die deutsche Volksgruppe die geistige Brücke schlagen zu den Frauen und Männern, die, politisch und rassistisch verfolgt, aus Deutschland flüchten mußten, die vertrieben und ausgebürgert wurden und die in Dänemark Hilfe und Unterschlupf fanden?

Zahlreiche Schleswig-Holsteiner waren unter ihnen. Einige schlossen sich dem dänischen Widerstand an. Ihre Namen drohen, in Vergessenheit zu geraten, obwohl sie das andere Deutschland verkörperten. Was hindert die Deutschen in Dänemark daran, ihr Vermächtnis zu bewahren?

Welche guten Traditionen festzumachen sind an Nordschleswig, soll uns auch

der Name Ernst Reuter ins Gedächtnis zurückrufen.

Man mag einwenden, Reuter sei eher zufällig 1889 in Apenrade geboren worden, weil der Vater Lehrer an der preußischen Navigationsschule war.

Aber daß Carl-Maria von Weber nur deshalb mit Eutin verbunden ist, weil sein Vater dort eine kurze Zeit als Musiker lebte, hat die Stadt nicht davon abgehalten, sich als sein Geburtsort mit seinem Ruhm zu schmücken.

Auch wenn Ernst Reuter nur die ersten drei Jahre seiner Kindheit in Apenrade verbrachte: Warum nicht sollten die deutschen Nordschleswiger durch Identifizierung mit dem Patriotismus Ernst Reuters auf historische Bewegungen verweisen, die ebenfalls mit der deutschen Geschichte untrennbar verbunden sind und auf die wir – lassen Sie mich dieses Wort gebrauchen – zu Recht stolz sein dürfen.

Reuter ist allerdings nicht den Weg gegangen, wie man ihn in vaterländischen Lesebüchern aufzeichnete. Nach erbitterten Auseinandersetzungen mit den bürgerlich-konservativen Eltern fand er den Weg zur Arbeiterbewegung.

Der Pazifist Reuter wurde Weltkriegssoldat, geriet in russische Kriegsgefangenschaft, begrüßte die Oktober-Revolution, wurde bolschewistischer Kommissar und schließlich Funktionär in der KPD.

Nach dem Bruch mit den Kommunisten führte sein Weg zurück zur Sozialdemokratie. Er wurde Stadtverordneter und Stadtrat in Berlin, Oberbürgermeister in Magdeburg und Reichstagsabgeordneter. Zweimal war er Häftling im Konzentrationslager, er emigrierte in die Türkei, wurde dann nach dem Krieg legendärer Regierender Bürgermeister in Berlin.

Was ich sagen will ist: Wenn wir im Grenzland Identität auch und wieder in deutscher Geschichte finden, wenn wir eine neue historische Fundierung deutscher Arbeit aus unserer Geschichte gewinnen wollen, dann müssen wir uns lösen aus der regionalen Enge einer rückwärts gewandten Vergangenheitsbewältigung.

Wir können und müssen – und das ist meine Perspektive – für unser historisches Selbstverständnis vieles in Anspruch nehmen, was in unserer Geschichte lebendig und wirksam war, was lange Zeit aus unserer Erinnerung verdrängt war, was aber tiefe, unübersehbare Spuren hinterlassen und fruchtbare Traditionen geschaffen hat, und was kräftig geblieben ist bis heute hin.

Dazu gehört ohne Zweifel auch, die bürgerliche revolutionäre Bewegung des 19. Jahrhunderts, für die der schleswig-holsteinische Freiheitskampf ein begeisterndes Ereignis war, endlich wieder in ihrer ganzen Breite sichtbar zu machen.

Sie war ja ursprünglich untrennbar verbunden mit den großen Ideen von Freiheit und Demokratie. Aber die Erfüllung des Traumes von der Reichseinheit ließ es vielen leichtfallen, auf die Demokratie zu verzichten zugunsten von Glanz und Gloria und wirtschaftlicher Prosperität.

Walter Grab, der jüdische Historiker, der wie kein anderer die Geschichte der radikaldemokratischen deutschen Jakobiner erforscht hat, weist uns hin auf dieses radikal-demokratische Erbe der 48er Bewegung, ein Erbe, das gerade bei den nationalen Auseinandersetzungen um Grenzen und in Grenzgebieten bis heute viel zu wenig beachtet worden ist.

Grab nennt die Ziele, die die republikanischen Volkstribunen der Revolution von 1848 ebenso wie 50 Jahre zuvor die deutschen Jakobiner anstrebten: die politische Gleichheit, die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung, der Meinungsäußerung und Religion, die Abberufbarkeit der politischen Führung und die Absage an jede Form von Diktatur, die Überordnung des aus freien Wahlen hervorgegangenen Parlaments über die Exekutive, die Gewaltenteilung, die verfassungsmäßige Garantie der Rechte politischer und nationaler Minderheiten. Walter Grabs Urteil – und nicht nur seines – lautet: »Die geschichtliche Entwicklung hat gezeigt, daß diese Ideen von 1848 mächtiger und zukunftssträchtiger waren als die Ideen von 1871, auf denen der Obrigkeitsstaat Bismarcks beruhte.«

Grab zieht schließlich eine bemerkenswerte historische Linie in die Gegenwart: Er sieht die Ideen der gescheiterten Revolution Pate stehen bei der Ausarbeitung des bundesrepublikanischen Grundgesetzes.

Warum zitiere ich Walter Grab so ausführlich? Mich bewegt, mit welcher Hingabe, mit welchem heißen Herzen und klugem Verstand ein deutscher Jude, der heute in Israel lehrt, uns eine andere deutsche Geschichte vor Augen führt, wenn auch in Teilen nur eine denkbar andere.

Aber die Utopien der deutschen Freiheitsbewegung wie auch die Utopien der sozialen Bewegung des 19. Jahrhunderts waren reale Utopien, und sie sind heute so tragfähig, wie sie es gewesen wären, wenn wir in Deutschland den Weg der Freiheit und der sozialen Demokratie gewählt hätten.

Ich gestehe offen: Nicht, was denn in Zukunft unter einer deutschen Nation zu verstehen ist, nicht, wann und wie und mit welchem Status sich Wiedervereinigung vollziehen kann, sind die Fragen, die mich bewegen.

Im Zentrum steht für mich, wo wir anknüpfen, wenn wir den Konsens der Demokraten beschwören. Aus welcher Überlieferung leiten wir unser Verständnis von Volksherrschaft und vom Staat ab? Für wen wollen wir Freiheit? Für was fordern wir Toleranz? Mit wem üben wir Solidarität? Was – mit einem Wort – machen wir aus unserem Grundgesetz, das auf Recht, Freiheit, Menschenwürde, Frieden, Toleranz, Humanität und Solidarität angelegt ist? Es ist doch keine Frage an unsere dänischen Nachbarn, sondern an uns, warum sich das Deutschlandbild in Dänemark mit dem Begriff »Berufsverbote« verbindet.

Es ist eine Frage an uns, warum Karl-Otto Meyers Demokratieverständnis viele Menschen anzieht und warum von Erscheinungsformen praktizierter demokratischer Kultur in der Bundesrepublik und in Schleswig-Holstein alles

andere als Faszination ausgeht.

Was muten wir den Deutschen in Nordschleswig zu, vor allem auch den jungen Menschen, wenn wir von ihnen deutsche Identität und Bekenntnis zu deutscher Geschichte und Kultur erwarten? Sie haben keinen Bedarf an nationaler und vaterländischer Pathetik, und der Bedarf an substanzloser Beschwörung demokratischer Gemeinsamkeit ist ebenfalls längst gestillt.

Erwartet wird, daß wir anders miteinander umgehen, daß Politik nicht von der Antastbarkeit der Würde des Menschen ausgeht, sondern, wie das Grundgesetz es von uns verlangt, von deren uneingeschränkter Unantastbarkeit.

Als ich begann, die Sache der beiden Minderheiten nördlich und südlich der deutsch-dänischen Grenze mit meinen bescheidenen Kräften zu meiner Sache zu machen, hat mich nicht die Frage deutsch oder dänisch interessiert, nicht die Grenze, nicht der manches Mal kleinkarierte Streit um geschichtliche Interpretationen, nicht historische Rechthaberei.

Mich hat zutiefst berührt, daß eine humane Selbstverständlichkeit politische Wirklichkeit werden kann: nämlich, daß man sich in einem Grenzraum zu einer nationalen Minderheit bekennen und für sie eintreten kann, ohne sich dafür rechtfertigen und ohne deshalb persönliche Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Das war und ist in ihrer gradlinigen Schlichtheit immer noch eine im wahrsten Sinne des Wortes unerhörte Botschaft an Völker und Staaten, an Mächtige und Ohnmächtige in Europa und in der Welt – und immer wieder an uns selbst. An uns selbst nicht nur, weil wir uns schwer tun – in Deutschland wie in Dänemark auch Minderheiten unter uns zu dulden, die uns nicht wesensverwandt, die nicht durch Geschichte und Herkunft diesem Raum verbunden sind.

An uns auch deshalb, weil man – um das an einem Beispiel zu belegen – in einem Kommentar der »Rheinischen Post« unter der Überschrift »Grotesk« zum Verhalten des Abgeordneten Karl-Otto Meyer den unsäglichen Satz lesen konnte: »Wer sind wir denn eigentlich, daß wir uns von dem Vertreter einer ausländischen Minderheit vorschreiben lassen sollen, wer bei uns regieren darf und wer nicht.« In diesem einen Satz offenbart sich nichts anderes als der vergiftete Geist nationalistischer Ignoranz und Überheblichkeit, den uns die nationale Bewegung des 19. Jahrhunderts leider auch überliefert hat.

Die friedienstiftende Formel dagegen, ohne Begründung und Nachweis Deutscher oder Däne sein zu dürfen und zu können, nimmt auf, was Deutsche und Dänen mit unterschiedlichsten politischen Meinungen und Zielen erbeten, als sie, Ideen der Aufklärung fortführend, sich gegenseitig das Recht auf nationale Identität und kulturelle Entfaltung zugestanden.

Wenn es denn einen Auftrag aus der Geschichte gibt, dies könnte er sein: Anzuerkennen, daß dieses Grenzland der Raum ist für zwei Völker, zwei Sprachen und zwei Kulturen und es auch in Zukunft sein wird.

Wenn denn deutsch zu sein oder dänisch zwei legitime, selbstverständliche

Möglichkeiten sind, wenn es nicht um Ab- und Ausgrenzung geht, nicht um Rivalität, sondern um ein völlig gleichberechtigtes Neben- und Miteinander, dann gehören Stimmen aus Deutschland zum Auftrag eines Abgeordneten der dänischen Minderheit ebenso auf den Müllhaufen der Geschichte wie die Entscheidung eines Gemeinderats in Nordschleswig, einem deutschen Kindergarten, der seit 20 Jahren besteht, die kommunale Anerkennung zu verweigern. In der Linie der Toleranz aus Einsicht ist die Vereinbarung der beiden sozialdemokratischen Parteien von Deutschland und Dänemark zu sehen, das sogenannte Stauning-Wells-Abkommen des Jahres 1923, in dem auf eine Revision der Grenze verzichtet und »die Notwendigkeit der Erfüllung einer moralischen Pflicht« betont wird, »die den berechtigten Ansprüchen der nationalen Minderheiten entsprechen.«

Die Geschichte nahm einen bitteren anderen Gang. Aber nach 1945 konnte man anknüpfen an diese historische Linie des Maßes und der Vernunft.

Die Loyalitätserklärung des Bundes deutscher Nordschleswiger von 1945, die Kieler Erklärung von 1949, die Bonn-Kopenhagener Erklärung von 1955, aber auch die Ideen der europäischen Bewegung, die einen starken Widerhall in Nordschleswig fanden, waren Bausteine auf dem Weg zur Überwindung unfruchtbarer nationaler Auseinandersetzungen.

Was ich sagen wollte, ist eigentlich nur: Die Deutschen in Nordschleswig haben alle Ursache, die ideellen Grundlagen ihrer Existenz als Minderheit und ihre Freiheit, sich als deutsche Volksgruppe zu bekennen, in einer guten historischen Tradition zu sehen. Das kann zu neuem Selbstverständnis und neuem Selbstbewußtsein führen.

An den Irrwegen deutscher Geschichte und der Schande des Hitler-Reiches kann und darf sich kein Deutscher vorbeimogeln. Aber es gibt, wenn wir sie nur finden wollen, eine deutsche Geschichte, die nicht das andere bagatellisiert, nicht relativiert oder gar aus der Welt schafft, die uns aber legitimiert, aus ihr heraus verantwortlich zu handeln.

Lassen Sie mich zurückkommen zu meiner Bitte, sich unserer Geschichte und unseres Vaterlandes anzunehmen mit Herz und Verstand. Wir sollten es mit Zuversicht und Hoffnung tun.

Bertolt Brecht hat im Exil 1942 ein Gedicht mit dem Titel »Deutschland« geschrieben. Es sind schlichte Verse, und es sind Verse, in dunkler Zeit entstanden, die voller Hoffnung sind. Die erste Strophe lautet:

In Sturmesnacht, in dunkler Nacht
Ist ein Reis erblühet
In Ängsten bin ich aufgewacht
Und fand das Reis erblühet.

Das Gedicht endet:

Der Hitler wird verjaget sein
Wenn wir uns nur bemühen.
Und unser liebes Deutschland
Wird wieder blühen.

Aber Deutschland – welches auch wir immer meinen –, das ist stets nur das, was wir, eingedenk seiner Geschichte, mit überlegter Zuneigung daraus machen. Eines seiner Kindergedichte von 1950 nannte Bertolt Brecht »Kinderhymne«. Es lautet:

Anmut sparet nicht noch Mühe
Leidenschaft nicht noch Verstand
Daß ein gutes Deutschland blühe
Wie ein andres gutes Land.
Daß die Völker nicht erbleichen
Wie vor einer Räuberin
Sondern ihre Hände reichen
Uns wie andern Völkern hin.
Und nicht über und nicht unter
Andern Völkern wollen wir sein
Von der See bis zu den Alpen
Von der Oder bis zum Rhein.
Und weil wir dies Land verbessern
Lieben und beschirmen wir's
Und das Liebste mag's uns scheinen
So wie andern Völkern ihr's.

In einer Interpretation dieses Gedichts in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung hat Iring Fetscher behauptet, das sei das schönste Deutschland-Lied, das er kenne. »Es gibt wohl keine Hymne«, sagt er, »die die Liebe zum eigenen Land so schön, so rational, so kritisch begründet und keine, die mit so versöhnlichen Zeilen endet.«

Unser Land – so denke ich – hat sie auch in Zukunft nötig: diese rationale, kritische und versöhnliche Liebe. Auch die Liebe der Deutschen in Nordschleswig. Ich danke Ihnen!

d + d-Taschenbücher

In unserer Geschäftsstelle sind noch etliche d + d-Taschenbücher vorrätig, die wir

auf Anforderung gern kostenlos abgeben. Es handelt sich vor allem um folgende Titel:

Schlegelberger/Hoffmeyer: Der europäische Aufbruch

Troels Fink: Deutschland als Problem Dänemarks

Hans-Peter Johannsen: Parkplätze der Literatur

Helgoland – Zerstörung und Befreiung

Teil II: Friedliche Invasion und Freigabe*

Sir Ivone A. Kirkpatrick, United Kingdom High Commissioner for Germany von 1950-1953, nach dem Besatzungsstatut und der Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 immer noch im Hintergrund Regierender der Britischen Besatzungszone, nennt in seinen Memoiren als wichtigste Probleme zu *Beginn* seiner Amtszeit am 24. 6. 1950:¹

... Demontagen, Demilitarisierung, die Bombardierung von Helgoland, Beschlagnahme privaten Besitzes, Einschränkungen für die deutsche Industrie, Entflechtung der deutschen Großindustrie, die Fortsetzung von Krigsverbrecherprozessen fünf Jahre nach dem Krieg, Auslieferung von Krigsverbrechern, landwirtschaftliche Schäden aufgrund militärischer Übungen sowie Reisebeschränkungen.

Und im *Rückblick* auf jene drei Jahre in Deutschland zählt der Britische Hochkommissar noch einmal die für ihn laut seinen Tagebüchern herausragenden Themen auf:²

Ständige Streitereien mit den Russen wegen Vorfällen und Übergriffen an den Zonengrenzen und der britischen Sektorengrenze in Berlin; Spannungen mit den Deutschen wegen der Demilitarisierung, der Beschränkungen für Schiffbau und Stahlproduktion, der Entflechtung der Großindustrie, der Demontagen und der Wiedergutmachungen für die Opfer der Naziverfolgung; die Benutzung Helgolands als Bombenziel; Vorfälle, die von der Besetzung und Beschlagnahme deutschen Eigentums in großem Umfang herrührten; Schrottsammlung für die britische Industrie; Arbeitslosigkeit in Berlin; Kohlenmangel; Vertriebene und Flüchtlinge; die Einrichtung der Ruhrbehörde; Reduzierung der Besatzungskosten; die Behandlung von Deserteuren der russischen Armee; Krigsverbrecher in britischem Gewahrsam und die Forderungen alliierter Länder nach Auslieferung von Krigsverbrechern; die Verwaltung deutscher Industrien, die wir unter Kontrolle gestellt hatten; die Organisation der deutschen Polizei; Erziehung und Bildung; das Saargebiet; die Wiederbewaffnung Deutschlands mit den langwierigen Bonner Verhandlungen; schließlich die administrativen und persönlichen Probleme, die sich aus einem Personal von 6000 britischen und etwa 70 000 deutschen Mitgliedern der Kontrollkommission zwangsläufig ergeben.

Jener eindrucksvollen Aufzählung politischer Probleme der ausgehenden Nachkriegszeit folgt *unmittelbar* dieser Absatz:

Von all diesen Problemen hat mir, glaube ich, die Benutzung von Helgoland als Bombenziel durch die Royal Air Force am meisten zu schaffen gemacht. Ich hatte keine Sympathie für die Deutschen, die versuchten, daraus einen politischen Streitfall zu machen; und als Besetzer anfangen, zur Insel zu fahren, um die Bomber-Einsätze zu verhindern, ließ ich sie gewaltsam abtransportieren und erließ ein Gesetz, das den Zugang zur Insel untersagte. Aber ich hatte Mitgefühl mit den Einwohnern, besonders den Fischern, die fünf Jahre nach dem Krieg immer noch nicht auf ihre zertrümmerte Insel zurückkehren konnten und kaum

*Teil I dieses Beitrages erschien in H. 4 / 1987, S. 207-228

Aussicht hatten, es jemals zu dürfen. Ich empfang eine Abordnung betagter Fischer, von denen viele noch unter britischer Flagge geboren waren, und versicherte ihnen, zu tun, was ich könnte. Mit Einverständnis der britischen Regierung trat ich in Verhandlungen mit dem Kanzler ein, der mir eine unbewohnte Sandbank in einiger Entfernung von der deutschen Nordseeküste als Ersatz-Bombenziel anbot. Dieses Angebot wurde von der Royal Air Force akzeptiert, und Helgoland war Zivilisten wieder zugänglich.

Inwieweit diese rund acht Jahre nach den Ereignissen des Winters 1950/51 gegebene Darstellung Kirkpatrick's dem historischen Ablauf und den geradezu rührend geschilderten Motiven des Hochkommissars entspricht, das läßt sich nach Freigabe der britischen Akten überprüfen.

1. Dreieinhalb Jahre vergeblicher Proteste

Nach der großen Sprengung vom 18.4.1947 und allen vorhergegangenen Bemühungen, sie zu verhindern³, richteten sich nunmehr die *Proteste* von deutscher Seite gegen die weitere Bombardierung Helgolands, verbunden mit der stets wiederholten Forderung an Großbritannien, die Rückkehr der Inselbewohner zu ermöglichen. Über die Aktivitäten auf Kreisebene hinaus beschäftigten sich Landesparlamente und der Deutsche Bundestag mehrfach mit Helgoland. Hier eine – gewiß noch ergänzungsbedürftige – Auswahl:

1.12.1947: Auf der 7. Sitzung des 1. gewählten Landtags von Schleswig-Holstein berichtet Flüchtlingsminister Damm von den Versuchen, die Helgoländer nach Sylt umzusiedeln und erinnert dabei auch an seinen Vorschlag vom Herbst 1946 an den britischen Gouverneur, »wenn die Belassung der Insel an Deutschland nicht zu vertreten wäre, sie dann der UNO zu unterstellen, um diese wertvolle Naturschönheit zu erhalten.«⁴

26.8.1948: »Die Frage Helgoland«, Stellungnahme des Sekretariats Friedensvertrag der Senatskanzlei der Hansestadt Hamburg, nach ihrem Hauptverfasser Prof. Dr. Hans Peter Ipsen kurz »Ipsen-Denkschrift« genannt, wird den Alliierten und der Öffentlichkeit übergeben. Darin werden auch die völkerrechtlichen Aspekte von Sprengung, Bombardierung und Vertreibung der Helgoländer erörtert.³

3.7.1949: Der Landtag in Kiel spricht in einer Fragestunde über die Rechtsnachfolge der Gemeinde Helgoland. Dabei teilt Landesminister Käber mit: »Trotzdem sie aufgelöst ist, wird die Gemeinde Helgoland nach wie vor als Bestandteil des Kreises Pinneberg angesehen.« Das Vermögen von 45 000 DM wird in eine Stiftung zur Wiederherstellung der Helgoländer auf Sylt eingebracht; die Gemeindebediensteten sind untergebracht, die Versorgungsempfänger gesichert.⁶

1.12.1949: Der Deutsche Bundestag beschließt auf Antrag der Deutschen Partei: »Die Bundesregierung wird ersucht, bei der Hohen alliierten Kommission vorstellig zu werden, daß der Bevölkerung Helgolands die baldige Rückkehr auf ihre Heimatinsel und der Wiederaufbau ihrer Wohnstätten gestattet wird.«⁷

16.1.1950: Eine Note der Bundesregierung übermittelt diesen Beschluß – und löst die erste interne Auseinandersetzung zwischen dem Foreign Office und der Royal Air Force aus. General Sir Brian Robertson, der britische Hochkommissar, schlägt die Rückgabe der Insel vor, und Außenminister Bevin schließt sich dem an. Sie unterliegen gegenüber den Militärs.⁸

26.4. und 9.5.1950: In zwei Schreiben mahnt die Bundesregierung eine Entscheidung über ihre Bitte an.⁹

Mai 1950: Das – national-friesisch orientierte – »Helgoland-Komitee« wendet sich mit einer

Petition an Papst Pius XII.¹⁰

30.5.1950: Der Kieler Landtag beschließt auf seiner 35. (Schluß-)Sitzung auf Antrag der SPD, die Landesregierung möge alle notwendigen Schritte unternehmen, damit Leuchtfeuer, Nothafen und Rettungsstation auf Helgoland eingerichtet werden, sowie »alle in der Sache notwendigen Schritte zur Unterstützung der Helgoländer unverzüglich einzuleiten.«¹¹

31.5.1950: Die Hohe Kommission erteilt der Bundesregierung auf ihre Noten vom 16.1., 26.4. und 9.5. eine Absage: Die militärischen Erfordernisse hätten Vorrang vor menschlichen Erwägungen.¹²

1.7.1950: Der »Federal Council of Minorities«, zu dem auch die Friesen gehören, tagt in Holland. Er fordert von Großbritannien das Einstellen der Bombardierungen und die Erlaubnis zur Rückkehr der Bewohner.¹³

28.7.1950: Auf parlamentarische Anfrage des Ulster-Unionist-Abgeordneten von Autrim South, Prof. Douglas L. Savory, der sich für die Helgoländer als (ehemals britische) Friesen einsetzt, findet eine Unterhausdebatte über Helgoland statt, bei der sich auch die Deutschland-Experten John Hynd (Labour) und Paget (Labour) äußern. Sie erbringt in der Sache nichts.¹⁴

15.11. 1950: Die Hamburger Bürgerschaft beschließt einstimmig auf Antrag der CDU: »Der Senat wird ersucht, bei der Bundesregierung und dem britischen Landeskommissar Schritte für die baldige Rückgabe der Insel Helgoland in deutsche Verwaltung zu unternehmen.« (Am 21.11. verweist der Senat darauf, daß dies Sache der Schleswig-Holsteinischen Regierung sei und man den Beschluß dorthin übermittle. Außerdem wird auf die Helgoland-Denkschrift des Senats hingewiesen.)¹⁵

19.12.1950: Auf der 5. Tagung des 4. Landtags von Schleswig-Holstein wird einstimmig ein interfraktioneller Antrag angenommen, in dem auf die ebenfalls einstimmige Entschließung vom 30. 5. verwiesen und »mit Befremden und Bedauern« festgestellt wird, daß diese »bisher keinerlei praktische Folgen gezeitigt hat. Das Recht des Menschen auf seine Heimat ist unveräußerlich. Vor ihm sollten auch die Bedürfnisse der britischen Luftwaffe zurücktreten, für die mit einigem guten Willen andere Übungsziele auf unbewohnten Inseln gefunden werden könnten. Der Schleswig-Holsteinische Landtag erklärt, daß er nicht ruhen und nicht rasten wird, bis das Heimatrecht der Bevölkerung von Helgoland wieder geachtet ist. Der Landtag bekräftigt die am 30. Mai gefaßte Entschließung und fordert die Regierung auf, sich mit allem Ernst und Nachdruck für die längst fällige Freigabe der Insel einzusetzen.«¹⁶

Der Ton wird zweifellos gereizter; denn bisher sind alle Beschlüsse politischer Gremien entweder unbeantwortet geblieben oder abschlägig beschieden worden¹⁷. Auch die Helgoländer selbst werden zunehmend ungeduldiger. Offenbar angeregt durch die Minderheiten-Konferenz in Holland, schickt die Vereinigung der in den U.S.A lebenden Friesen im Juni 1950 eine scharfe Protestnote, unterzeichnet vom Direktor des friesischen Informationsbüros in Grand Rapids, Michigan, Prof. B. Fridsma, an Luftfahrtminister Arthur Henderson in London, – mit Kopien an Attlee, Bevin, Churchill, Victor Gollancz und Prof. Savory, sowie an britische und amerikanische Zeitungen.¹⁸

Die von Minister Henderson auf Veranlassung Prof. Savorys bei einer ersten Unterhausanfrage gegebene Zusage, man werde künftig, um die Gebeine ehemals britischer Staatsbürger zu schonen, in einem Radius von 1000 Yards um den Helgoländer Friedhof nicht mehr bombardieren, wird von den Insulanern als

Farce angesehen, da dann nur noch die Nordspitze und die Düne als Zielgebiet übrigblieben.¹⁹

Auch die Presse nimmt sich immer wieder des Helgoland-Themas an. Zwei unmittelbar aufeinanderfolgende Ereignisse geben dieser öffentlichen Diskussion neuen Auftrieb: Am 22. 6. 1950 sinkt unmittelbar vor Helgoland das schwedische Wikingerschiff »Ormen Friske« mit 16 Studenten an Bord. Das Schiff suchte, nach Aussagen des Fischers Wilhelm Laß, vor der südlichen Einfahrt im Kampf mit Wind, See und Strömung Schutz. Wegen eines beginnenden Bombardements mußten die Besatzungen mehrerer Fischkutter, die im Hafen lagen, Schutz im Flakbunker suchen. Als sie ihn nach anderthalb Stunden wieder verlassen konnten, war von der »Ormen Friske« nichts mehr zu sehen. (Wrackteile wurden später gefunden.) – Tags darauf kommt die Segeljacht »Wanadis« auf dem Rückweg von einem Skagen-Rennen im Dünenhafen zu Schaden, da die Anker nicht halten und das Boot an der Mole leckschlägt. Die Besatzung kann sich retten, doch das Schiff wäre zu bergen gewesen, hätten nicht die auf der Insel befindlichen Kutterbesatzungen wegen eines Bombenangriffs Deckung suchen müssen.²⁰

Die öffentliche Meinung in Norddeutschland, nun aber auch in Skandinavien (wegen der nicht vorhandenen Sicherung der Insel) ist auf seiten Helgolands und der Helgoländer. Doch es zeigt sich schon in diesem frühen Stadium der deutschen Demokratie, daß papierne Proteste, Resolutionen von Gremien, Eingaben und Unterschriftensammlungen wenig oder gar nichts ausrichten, wenn »übergeordnete Interessen« – hier: die der R. A. F. und der westlichen Verteidigung – dem entgegenstehen. Um den Druck der Basis zu artikulieren, bedarf es unerprobter Mittel²¹, und, um es erfolgreich zu tun, leider oder Gott sei Dank auch einer sich wandelnden politischen Großwetterlage.

2. Friedliche Besetzung – im richtigen Moment

Es gehört zu jenen historischen Zufällen, die sich im nachhinein als nichtzufällige Fügungen erweisen, daß just während des Tages, da die beiden Heidelberger Studenten Georg von Hatzfeld und René Leudesdorff ihr Schiff für die Helgoland-Invasion chartern, am 19. Dezember 1950, in Brüssel die drei Außenminister der westlichen Besatzungsmächte tagen, um den künftigen Kurs ihrer Deutschlandpolitik festzulegen. Es geht um die Frage einer *Wiederbewaffnung* der Bundesrepublik. Der Koreakrieg²² ist voll im Gange, die schwache UNO-Truppe dort bis auf ein kleines Gebiet im Süden zurückgedrängt. Das (zunächst geheimgebliebene) Angebot Konrad Adenauers vom 29. August an die West-Alliierten, einen deutschen Wehrbeitrag betreffend²³, wird nach dem Rücktritt von Innenminister Gustav Heinemann²⁴ in der Öffentlichkeit heftig diskutiert²⁵. Den Ausgangspunkt der internen Diskussion bei den Westmächten, wie sie vor allem von den Amerikanern seit September vorangetrieben wird, schildert ein geheimes britisches Kabinettpapier vom 7. 2. 1951 so:²⁶

Mr. Achesons These war, daß die verfügbaren alliierten Truppen trotz des Bestrebens der Vereinigten Staaten, weiterhin starke Truppenteile als Teil einer integrierten Streitmacht unter einem Oberbefehlshaber nach Europa zu schicken, nicht zur Verteidigung Europas

ausreichen würden. Wenn Europa vor der Besetzung durch einen Angreifer bewahrt werden sollte, so müßte es jedenfalls in Deutschland verteidigt werden. Aus beiden Gründen sei es daher notwendig, die deutschen Ressourcen zu nutzen, und dies könne, um sicher zu gehen, nur durch Eingliederung deutscher Einheiten in die Integrierte Streitmacht geschehen. Nur auf diese Weise könne die Verteidigung Europas ohne ein Wiedererstehen des deutschen Militarismus' gesichert werden.

Die Franzosen widersetzen sich zunächst dem amerikanischen Ansinnen und tragen Ende Oktober – wohl mehr als Verzögerungstaktik – den Plan einer »Europäischen Armee« vor. Im November arbeitet man einen Kompromiß, den »Spofford-Plan« aus, demzufolge u. a. das deutsche Kontingent nicht stärker als ein Fünftel der Integrierten Streitmacht werden und keine größeren Einheiten als Brigaden besitzen soll. Der Sinn des Brüsseler Außenminister-Treffens ist nun, nachdem die Vertreterversammlung und der Militärausschuß der NATO zugestimmt haben, dies gemeinsam mit den drei Hochkommissaren (McCloy, Francois-Poncet und Kirkpatrick) in politisches Handeln gegenüber den – noch unvorbereiteten, widerstrebenden oder wenigstens zögernden – Deutschen umzusetzen. Das Beschlußprotokoll darüber lautet, daß die Außenminister der drei Besatzungsmächte

»zustimmten, daß die Entscheidungen des Nordatlantikrats zur deutschen Beteiligung an der europäischen Verteidigung dem Bundeskanzler durch die Hohen Kommissare mündlich erläutert werden sollen, mit dem Hinweis, daß sie zur weiteren Diskussion dieser Sache bereit seien, jedoch ohne ihm irgendein Dokument auszuhändigen und ohne bei ihm den Eindruck zu erwecken, man erwarte übereilte Entscheidungen von ihm.«²⁷

Die Dinge sind also voll im Fluß, aber der wird bereits in eine Richtung gelenkt, die (angesichts einer kommenden Vier-Mächte-Außenministerkonferenz mit den Sowjets im März 1951) vorerst noch nicht, aber dann doch eines Tages unumkehrbar werden mag – ein »irrevocable step«, der unwiderrufliche Schritt zum westdeutschen Verteidigungsbeitrag.

Die beiden Remilitarisierungs-Gegner am Kai von Cuxhaven am 19./20. Dezember können das alles nicht wissen, aber sie kennen den Trend. Und sie wollen sich ihm mit einer positiven, auf Europa zielenden, den Rest militärischer Aktionen des 2. Weltkriegs, das Bombardement Helgolands, beendenden, die Rückkehr der ersten (von Millionen) Heimatvertriebenen fordernden *Demonstration* entgegenstemmen.²⁸ Und es muß beinahe wie ein »verabredeter Zufall« erscheinen, daß genau am Tag ihrer Überfahrt – die norddeutschen Zeitungen können am 20. 12. darüber noch nichts berichten – von dem oben zitierten ungeduldigen Beschluß des Kieler Landtags vom 19.12. zu lesen ist.²⁹ Bereits die erste Depesche des Hochkommissars Kirkpatrick zu diesem Thema an das Foreign Office nennt am 21. 12. beide Vorkommnisse hintereinander und zieht daraus den prophetisch anmutenden Schluß:³⁰

»Es scheint kaum zweifelhaft: Diese Vorfälle haben zum Ziel, die Kampagne zur Mobilisierung der öffentlichen Meinung zugunsten der Rückkehr Helgolands zu erneuern. Solch eine Kampagne wird zweifellos zumindest inoffiziell von der neuen rechtsgerichteten Regierung Schleswig-Holsteins unterstützt werden...«

Für den Hochkommissar ist diese kleine Invasion nichtsdestoweniger zunächst

nur eine vorweihnachtliche *Störung*, die man mit Hilfe einer kurzen Weisung an die niedersächsische Polizei über den Land-Commissioner in Hannover zu beseitigen trachtet. Wie stets bei derartigen Demonstrationen, so wird auch hier zunächst weniger nach Motiven und Gründen geforscht als nach rascher Eliminierung gesucht; es bleibt immerhin erstaunlich, wie rasch die britische Seite das zunächst ungewollte Zusammenwirken von parlamentarischer und außerparlamentarischer Aktion in seiner gemeinsamen Zielrichtung erkennt.

3. Ein Musterbeispiel für »Civil Defence«

Die friedliche Helgoland-Invasion entwickelt sich, durchaus nicht so geplant, in verschiedenen Wellen. Die *Initialzündung*: erste Überfahrt und Flaggenhissung mit zwei Journalisten der Frankfurter Abendpost, wird nach zwei einsamkalten Tagen von den Studenten schmählich abgebrochen³¹; sie geben wegen mangelnder Decken und Inselkollers auf. Die Presse höhnt: »Die Helden wieder im Bett«. – Intermezzo: Ein Bremer Taxifahrer setzt sich – ohne mögliches Echo, da in den Weihnachtstagen – auf der Insel fest. Die besser ausgerüstete, um zwei Holgoländer verstärkte zweite Welle findet ihn vor³² und erzeugt zugleich erhebliches öffentliches Echo sowie ernsthafte Reaktionen auf britischer Seite: Die anfangs unklaren Kompetenzen – man hielt, wegen Cuxhaven, Niedersachsen für Helgoland zuständig und schaltete den Offizier für Öffentliche Sicherheit in Lüneburg ein – beginnen sich zu klären, und bereits, oder: erst am 28.12. wird bei der Hohen Kommission in Wahnerheide bei Köln erkannt, daß Helgoland gewissermaßen ein *rechtsfreier Raum* ist, in den die Demonstranten vorgestoßen sind. Die Juristen müssen rasch eine strafbewehrte Verordnung zimmern!³³

Wie kam es zu dieser Erkenntnis? Durch einen Akt »ziviler Verteidigung« seitens des schleswig-holsteinischen Innenministers Dr. Paul Pagel³⁴. Dieser, vom amtierenden Land-Commissioner in Kiel, Brigadier Hume, am 22.12. angerufen, hatte den Briten zunächst abgewimmelt und auf den nächsten Tag »aus privaten Termingründen« vertröstet. Am 23. nunmehr befragt, ob es nicht aus den Jahren 1945 oder 1946 eine Verordnung gäbe, die das Betreten Helgolands verbiete, kann sich der Innenminister, zumal damals noch nicht im Amte, an rein nichts erinnern, er bietet sich aber, die Verordnung in den Akten suchen zu lassen, – was dann tagelang und natürlich mit negativem Ausgang geschieht.

Zum *passiven Widerstand* gehört, als die nächsten Invasionswellen im Gange sind, auch das augenzwinkernd-blinde Verhalten der Polizei- und Zollbeamten in Cuxhaven. Hatten sie vor Weihnachten aus Unkenntnis nichts bemerkt oder – die Kriminalpolizei – beide Studenten einem wohlwollenden Verhör im Auftrag der Public Safety Lüneburg unterzogen³⁵, so kann es beim Beginn der dritten Phase Vorkommen, daß neue Demonstranten wie Prinz Löwenstein und Christian Larson sich in der Cuxhavener Wohnung von Helgoländern aufhalten, während Polizisten im Zimmer nebenan nach ihnen »suchen«.³⁶ Bei der vierten Welle, die am Silvestertag aufbricht, ist schon fast ein Spiel daraus geworden: Ein Beamter der Wasserschutzpolizei, die Befehl hat, jedes Auslaufen von Kuttern Richtung

Helgoland zu verhindern, spricht den Kapitän eines voll besetzten Bootes von der Pier herunter an: »Hast Du auch genug Schwimmwesten für die Leute auf Eurer Fahrt nach – Büsum? Ich wollte ja eigentlich zur Kontrolle an Deck kommen, aber da liegt doch im Amerika-Hafen so ein Kutter, der nach – Helgoland auslaufen will. Ich muß dringend dahin, um das zu verhindern...«³⁷

Das eindrucksvollste Beispiel für Civil Defence stellt jedoch die *Weigerung* von Fregattenkapitän Adalbert von Blanc dar, mit seinen in britischem Dienst stehenden Minenräumbooten die Helgoland-Demonstranten von der Insel zu holen³⁸. Sie vollzieht sich schrittweise vom 27. bis 31.12., mit kunstvoll taktisch eingesetzten, sich langsam steigernden Argumenten, so daß auch von dieser Seite ein wirksamer Verzögerungseffekt zustande kommt: Zuerst sind die meisten Besatzungsmitglieder auf Weihnachtsurlaub (27.12.), dann die Boote, weil in Reparatur, nicht startklar (28.12.); ein vom britischen Räumdienst-Commander erbetenes Gespräch von Blancs mit dem stets einsatzbereiten Taucher Wulf führt am selben Tag zu demselben negativen Ergebnis. Am 29.12., das Drängen der Briten wird schärfer, kann der Deutsche nicht für Disziplin seiner Mannschaften garantieren und beruft sich auf die Dienstverträge, nach denen Minen und nicht Menschen zu räumen sind. Am 30., als ihm die Verordnung Nr. 224 der Hohen Kommission vom Vortage bekanntgemacht wird, bittet er um einen Tag Bedenkzeit und weigert sich am 31. endgültig, auch mit der Begründung, daß die Nürnberger Prozesse ihm deutlich gemacht hätten, daß ein Befehl gegen das eigene Gewissen nicht ausgeführt werden dürfe. Er wird sofort vom Dienst suspendiert und ein gerichtliches Verfahren vor einem Hamburger Militärgericht eingeleitet. (Die Untersuchung findet in zwei Verhandlungen am 31.1. und 7. 2.1951 statt³⁹; von Blanc wird aber zugleich mit der Freigabe-Erklärung vom 26.2.1951 wieder vom Hochkommissar in sein Amt eingesetzt⁴⁰.)

In das Zusammenspiel auf deutscher Seite gehört besonders auch das *taktische Verhalten* und die Argumentationsweise der schleswig-holsteinischen Landesregierung. So hatte Innenminister Pagel bereits am 21.12. vor der Presse erklärt:⁴¹

»Bei den ungeklärten staatsrechtlichen Verhältnissen Helgolands wird meine Regierung nichts unternehmen. Es sei denn, die deutschen Dienststellen bekämen einen britischen Auftrag. Ich selbst jedenfalls habe keine geeignete Marine zur Verfügung, um nach Helgoland zu fahren. Die Boote der Wasserschutzpolizei sind hierfür nicht seetüchtig. Im übrigen ist das eine Angelegenheit des britischen Land-Commissioners.«

Genau eine Woche später wiederholt Ministerpräsident Bartram diese Begründung und fügt hinzu: »Deutschland hat eben auch zur See vollständig abgerüstet.«⁴² Ja, er geht, trickreich, noch weiter: Wenn deutsche Behörden jetzt eingriffen, würde sich die Rechtslage in einem ganz neuen Licht darstellen und indirekt von britischer Seite eine deutsche Oberhoheit über die Insel anerkannt. – Erst am 30.12. wird dann auf Grund der Ordinance 224 ein Kompromiß ausgearbeitet, demnach zwei britische Public-Safety-Offiziere zusammen mit unbewaffneter deutscher Polizei auf dem britischen Küstenkontrollboot »Royal Eileen« die Inselbesetzer abholen – begleitet von einem deutschen Minenräumboot: »Minenschutz« als Mittel, um das Gesicht der Besatzungsmacht

zu wahren.⁴³

Civil Defence, letzter Akt, auf Helgoland am 3. Januar 1951:⁴⁴ Nachdem – zur heimlichen Schadenfreude der Deutschen – zwei britische Anläufe gescheitert waren, die »Royal Eileen« wegen Schraubenschadens und die »Albert« nach Strandung auf der Elbe bei Freiburg aufgeben und in Cuxhaven aufgedockt werden mußten, und nachdem das deutsche Polizeikommando ausgewechselt werden mußte, weil sich das erste nach dem Scheitern seiner Mission sinnlosinnvoll betrunken hatte, um nicht weitermachen zu müssen, kann nun das *Abholunternehmen* über die Bühne gehen. Auf der Insel hatte es an den Tagen zuvor heftige Auseinandersetzungen um den Grad von Gewaltlosigkeit beim Eintreffen der Briten gegeben: Nach »Kapitulationsverhandlungen« demonstrativ-verbal der angedrohten Gewalt zu weichen oder sich bis zuletzt passiv zu wehren, sich zu verstecken, wozu die Insel reichlich Möglichkeiten bot, und sich schließlich, vielleicht sogar in Handschellen, davontragen zu lassen. Die diplomatische Linie, wie sie vom Prinzen Löwenstein und den Vertretern der Europajugend wie der Landsmannschaften befürwortet wurde, erhält schließlich die Mehrheit der Stimmen gegenüber der harten, durch Georg von Hatzfeld angestrebten Haltung.

Es kommt zu stundenlangen *Verhandlungen* mit den Briten, die sich das ursprünglich ganz anders vorgestellt hatten, nämlich, nach Kolonial-Manier im Hintergrund zu bleiben und der deutschen Polizei das schmutzige Geschäft zu überlassen. Genau die umgekehrte Weisung hatte der Innenminister am Vorabend dem Polizei-Inspektor Friedrich Schmidt geben lassen. Und so hält dieser sich nun demonstrativ zurück, ja, er schöpft seine Kompetenzen, etwa die Androhung oder Vornahme von Verhaftungen, nicht einmal ansatzweise aus und setzt sich deutlich von dem britischen Abhol-Offizier, Major Arthur Messenger, ab: »Er hat mir keine Befehle zu erteilen.« Erst nachdem sich die Besetzer unter Protest gegen die von den Briten angedrohte Gewalt zum Abzug bereiterklären, bittet er seine Beamten hinauf zum Flakturm, – um das Gepäck tragen zu helfen! Und der geschickteste Schachzug folgt unten am Hafen: Er läßt sein Kommando antreten und salutiert: »Wir grüßen die tapfere Besatzung der Insel Helgoland...« Damit ist, optisch eindrucksvoll, vor aller Öffentlichkeit klargestellt, auf wessen Seite die deutsche Polizei hier in Wirklichkeit steht. – Daß Friedrich Schmidt sich damit der Gefahr eines Disziplinarverfahrens seitens der Besatzungsmacht aussetzt, geht aus den jetzt zugänglichen Akten hervor⁴⁵.

4. Britische Reaktionen

Bereits in den ersten Maßnahmen der britischen Seite zeichnet sich der entstehende interne Streit ab: Die Royal Air Force erklärt am 20.12.1950: Bei günstigem Wetter wird bombardiert⁴⁶. Der Hochkommissar stellt sicher, daß dies über Weihnachten wenigstens *nicht* geschieht⁴⁷, natürlich ohne dies öffentlich zu machen. Im Gegenteil: Er läßt alle Standort- und Sicherheits-Offiziere erklären, daß man nie wisse, wann jeweils bombardiert werde, und deshalb jede Verantwortung für illegale Besucher ablehne⁴⁸. Am 28.12. dann, nach

Bekanntwerden der zweiten Invasion der Studenten, setzt er unter Hochdruck die Juristen in Wahnerheide an die Arbeit⁴⁹; doch auch nach Erscheinen der Ordinance Nr. 224 ist er sich darüber im klaren: Es muß Grundlegenderes geschehen. Und bereits am 1. Januar, nach all den Schwierigkeiten mit der Landesregierung in Kiel, dem Minensuch-Chef v. Blanc in Cuxhaven, mit den ersten beiden gescheiterten Abhol-Versuchen und vor allem: angesichts des gewaltigen öffentlichen Echos in deutschen und internationalen Zeitungen, gibt Kirkpatrick intern nach London Signal: »...wäre es höchst wünschenswert, wenn wir imstande wären, mit der Benutzung der Insel als Bombenziel aufzuhören...« Ihm ist bereits jetzt klar, daß »diese Taktiken«, d. h. die des passiven Widerstandes, sonst auf vielen Gebieten Schule machen werden⁵⁰. Am Tage, als die Demonstranten nun endlich von der Insel abgeholt sind, deutet er schließlich dem Foreign Office an, daß man demnächst seine *Schlußfolgerungen* aus dieser »Episode« erwarten dürfe.⁵¹ Diese folgen dann auch bereits am 6. Januar 1951, wohl in dem Bewußtsein, daß seit der Jahreswende die Spitze der Royal Air Force, Air-Marshal John C. Slessor, in London eine erhebliche Initiative zum Festhalten an dem idealen Bombenziel entfaltet⁵². Kirkpatrick hat sich bei der Sitzung der drei Hochkommissare in Bonn am 4.1. der (bereits vorher bekundeten) Zustimmung seines U.S.-Kollegen, John McCloy, versichert, obgleich auch die U. S. Air Force in England an Helgoland festhalten möchte.

Die vertrauliche Depesche Nr. 20 vom 6.1.1951⁵³ enthält bereits sämtliche Argumente, wie sie im Laufe der internen britischen Diskussion seitens der Diplomaten und Politiker des Foreign Office während der folgenden sechs Wochen vorgetragen und endlich – am 14. 2. bei den Stabschefs und am 21. 2. im Defence Committee – den Ausschlag geben werden. Dabei weisen zwei der drei Begründungen direkt auf den *entscheidenden Erfolg der Friedlichen Invasion* vom 20.12. - 3.1. hin: den nicht mehr zu umgehenden öffentlichen Druck, den sie erzeugte, und die Unhaltbarkeit der Insel gegen weiterhin drohende Besetzungen durch Demonstranten. Im Text:

»...3. ...Aber wenn am Ende vielleicht doch nur herauskommt, daß wir die Bombardierung der Insel unbegrenzt fortzusetzen beabsichtigen, ist eine neue Welle öffentlicher Unruhe zu erwarten, und wir werden uns wahrscheinlich weiteren Expeditionen auf die Insel gegenübersehen. Die in der Verordnung vorgesehenen Strafen schrecken eifrige Märtyrer nicht ab. In dieser Situation werden wir uns nicht mehr auf die führenden deutschen Politiker verlassen können; sie dürften dann von der Welle allgemeiner Empörung hinweggefegt werden und uns Vorhalten, man könne von ihnen nicht länger erwarten, Aktionen zu verteidigen, die so offensichtlich im Widerspruch zu unserer sonstigen erklärten Deutschlandpolitik stehen.«

Die Alternative – weitere Beschlagnahme – aber erfordere »wirklich effektive Maßnahmen«:

»6. ... Da Frontier Control und Public Safety demnächst aufgelöst werden, kann die Kontrollkommission kaum dazu beitragen, und es bliebe Aufgabe der Streitkräfte. Der Marine-Oberkommandierende in Deutschland prüft die Sache und hofft bald zu berichten. Ich selbst meine, es wäre notwendig, eine Gruppe ständig auf der Insel zu stationieren und vom Festland aus mit einem Boot dauernd Landungsversuche von Besetzern zu verhindern. Das bedeutete Palästina im Kleinen.«⁵⁴

Enthält Punkt 3 bereits den Hinweis auf die Deutschlandpolitik, so wird die Verknüpfung der unteren Ebene (Besetzungen) mit der oberen (West-Integration der Bundesrepublik) in Punkt 4 vollends deutlich:

»4. Ich selbst glaube nicht – und Mr. McCloy stimmt mir zu daß wir, sobald Deutschland enger mit dem Westen verbunden wird, die Insel unbegrenzt weiter bombardieren können. Falls ich recht habe und die Ereignisse uns im Verlauf des nächsten Jahres zum Aufgeben zwingen, scheint es mir klüger, jetzt zu handeln, ehe wir in weitere Schwierigkeiten geraten, aus denen wir uns nicht so leicht herausziehen können wie letzte Woche.

5. Ich empfehle deshalb, unverzüglich bekanntzugeben, daß von einem bestimmten Termin ab, etwa dem 1. April, die Bombardierung eingestellt, die Verordnung aufgehoben und den Einwohnern freigestellt wird, auf die Insel zurückzukehren.«

Und abschließend, unter Punkt 7, nachdem er die kaum praktikable Alternative einer Sicherung der Insel erörtert hat, drückt Kirkpatrick seine Hoffnung auf folgende Entscheidung aus:

»7. ... Wir haben ein vitales Interesse, die Anbindung Deutschlands an den Westen sicherzustellen, und deshalb ist die unbegrenzte Nutzung Helgolands als Bombenziel ein Hindernis bei der Verwirklichung dieses Zieles.«

Dem Hochkommissar kommt wenige Tage später schon das von ihm angeforderte Gutachten des Marinebefehlshabers in Hamburg^{54a} zu Hilfe, aus dem hervorgeht, daß die Insel zu jeder Zeit, bei jedem Wetter, aus jeder Richtung mit Kuttern angelaufen werden kann, und daß, bei schlechtem Wetter und bei gleichzeitig an verschiedenen Stellen drohenden Landungen, mehrere Patrouillenboote (und diese aus Holz, wegen der Minengefahr) nötig seien. Das aber sei zu teuer, eine Kombination mit Radar auf der Insel aber wiederum nur mit der R. A. F. zu bewerkstelligen. – Diese aber hat den Kampf noch lange nicht aufgegeben. Seit dem 8.1. wird wieder bombardiert, und während Kirkpatrick in Gesprächen mit Ministerpräsident Bartram, beim Hamburger Überseeclub und vor Studenten in Kiel seiner Hoffnung auf eine baldige Lösung Ausdruck gibt, sammelt die R. A. F. in London mit Energie Material⁵⁵ und Argumente für eine Sondersitzung im Air Ministry am 30.1., bei der zwischen diesem und dem Foreign Office ein Klärungsprozeß stattfinden soll. Schon am 11.1. hatte der Air Marshal persönlich seine Gründe dem zuständigen Hauptabteilungsleiter Deutschland, St.Clair Gainer, dargelegt, aber schon tags darauf die sich immer deutlicher herausbildende Meinung des F. O. zur Antwort erhalten, daß Helgoland zurückgegeben werden müsse⁵⁶.

Anscheinend kann am 30.1. noch *kein Durchbruch* erzielt werden. Die öffentliche Meinung in Deutschland bleibt derweil unruhig; die beiden ersten Invasoren, die anfangs zu Geduld und Mäßigung rieten, werden nun ungeduldig. Im Deutschen Bundestag wird eine vom Zentrum beantragte Debatte vom 24.1. auf den 14.2. verschoben. Da platzt am 8. 2. die Nachricht über eine Antwort von Luftfahrtminister Henderson herein, die dieser tags zuvor im Parlament dem Helgoland-Freund Prof. Savory auf dessen Frage gegeben hatte, ob er eine Zusicherung über die Rückkehr der Insulaner geben könne:⁵⁷

»Ich bedaure, die Zusicherung nicht geben zu können. Wir sind dabei, Alternativen zu überlegen; dennoch habe ich sehr wenig Hoffnung, eine zu finden, die (als Bombenziel) so

zufriedenstellend ist wie Helgoland.«

Der abwägende, durchaus eine positive Lösung offenlassende Unterton wird überhört. Beschwichtigende nichtöffentliche Worte von Briten gegenüber deutschen Politikern⁵⁸, man sei in London noch nicht so weit, die Henderson-Erklärung aber bedeute noch keine Kabinettsentscheidung, die aber befinde sich auf dem Wege, können jedoch den Druck unmittelbar bevorstehender weiterer Besetzungen – nun auch womöglich durch Kommunisten – nicht mindern.

Die *Vorentscheidung* fällt – zufällig zeitgleich mit der Bundestagsdebatte und natürlich noch geheim – bei einer Sitzung der Stabschefs am 14.2. in London, zu der Kirkpatrick, der sich ohnehin wegen der Revision des Besatzungsstatuts in London aufhält, hinzugebeten ist. Unter Vorsitz des Empire-Generalstabschefs, Field-Marshal Viscount Slim, und in Gegenwart des Ersten Seelords und Marinestabschefs, Baron Fraser of Northcape, gesteht Air Marshal Slessor – so die für diesen Vorgang treffende Formulierung Kirkpatricks in seiner Gesprächsnotiz vom selben Tage – seine Niederlage ein (»is prepared to admit defeat«)⁵⁹. Nach einigem, im Ton zuweilen scharfen Hin und Her zwischen Air Ministry und F. O. über die Bedingungen, den Freigabetermin und ein Ersatzziel betreffend, kommt es dann doch zu einer gemeinsamen Vorlage für den Verteidigungsausschuß des Kabinetts, der am 21.2.1951 unter Punkt 3 der Tagesordnung den entsprechenden *Beschluß* faßt, – nicht ohne abermalige Diskussion.⁶⁰ Die – gewiß für immer – letzte Schlacht um ein Territorium zwischen Großbritannien und Deutschland, eine durchaus gewaltlose, ist von ein paar Demonstranten, Politikern und Diplomaten gegen die Militärs der Siegermacht gewonnen.

Dennoch: wer die eigentlichen Sieger sind, das soll sogleich vertuscht werden. Noch bevor der Premierminister selbst, mit einem Tag Verzögerung, am 24.2. die *endgültige Anweisung* an den Hochkommissar absegnet, geht eine besorgte Depesche nach Wahnerheide, die erst Jahrzehnte später, nach Freigabe der britischen Akten, die ehrliche Erkenntnis wie den Versuch ihrer Vernebelung enthüllt:⁶¹

»Chiffriert/Eilig/Geheim – No. 182 - 23.2.1951 – 20.45 Foreign Office an Wahnerheide – Für Kirkpatrick von Gainer

Uns liegt daran, daß die Bekanntmachung über Helgoland an die britische Öffentlichkeit und die öffentliche Meinung in der ganzen Welt in einer Weise erfolgt, durch die unerwünschte Reaktionen vermieden werden. Vor allem möchten wir den Eindruck vermeiden, daß unsere Entscheidung, die Bombardierung der Insel zu beenden und sie deutscher Souveränität zurückzugeben, unter dem Druck deutscher Aktionen erfolgt ist. Dies wäre zu erreichen, wenn wir unsere Entscheidung als das Ergebnis von Verhandlungen zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der Hohen Kommission hinstellen.

2. Eine Bekanntmachung in dieser Weise hätte auch den Vorteil, das Prestige der Regierung der Bundesrepublik zu stärken...«

Diese – verständliche – *Verdrängung der Wahrheit* bereits in den Erklärungen zur künftigen Freigabe⁶² und ebenso zum Freigabetermin am 1.3.1952⁶³ läßt offenbar auch den britischen Hauptakteur, Sir Ivone Kirkpatrick, folgt man seiner Autobiographie, den historischen Sachverhalt vergessen:

- daß ihn erst die friedliche Invasion und deren unerwartetes Echo um die Jahreswende 1950/51 zum Überdenken der britischen Position in der Helgoland-Frage und – nach dem Scheitern des ersten Freigabe-Versuchs seines Amtsvorgängers, Sir Brian Robertson, im Mai 1950 – zum erneuten Handeln gegenüber der Royal Air Force veranlaßt;

- daß nicht er, sondern Konrad Adenauer es ist, der, von der öffentlichen Meinung und einer Erklärung Bartrams vor dem Landtag in Kiel am 8.1. gedrängt, mit einem Aide Mémoire vom 12.1. die Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der Hohen Kommission in Gang bringt;

- daß überhaupt nicht sein »Mitgefühl mit den Einwohnern, besonders den Fischern...«, wie er später behauptet, sondern gänzlich andere Erwägungen den Ausschlag geben: die Unmöglichkeit, Helgoland gegen gewaltlose Besetzungen effektiv zu sichern sowie das Bestreben, die Bundesrepublik in das westliche Bündnis einzugliedern, weshalb Helgoland – als ein Hindernis – freizugeben ist. (Die Delegation Helgoländer Fischer empfängt Kirkpatrick erst am 9. 4. 1951, fünf Wochen *nach* der Freigabe-Erklärung, auf Bitten und in Gegenwart von Ministerpräsident Kopf in Hannover; Verhandlungsgegenstand ist vor allem die Möglichkeit, bis zur Freigabe an bestimmten Tagen unter Helgoland fischen zu können.)⁶⁴

Die Verdrängung der friedlichen Invasion als des auslösenden Faktors für die Rückkehr Helgolands in den offiziellen Erklärungen hat aber auch zur Folge, daß sie in den Darstellungen der Nachkriegsgeschichte der Insel – bis gelegentlich auf ein Bild mit kurzer Unterschrift – unerwähnt bleibt.⁶⁵

5. Der Weg zur Freigabe. – Schlußbemerkung

Mit der *Freigabe-Erklärung* Kirkpatricks gegenüber Adenauer am Mittag des 26.2. 1951⁶⁶ ist das Ziel noch nicht erreicht. Sie wird überschattet von der Nachricht, daß kommunistisch gesteuerte FDJ-Mitglieder am 23. 2. auf Helgoland gelandet sind und am 26. 2. von einem ähnlich zusammengesetzten Kommando wie bei den ersten Invasoren abgeholt wurden.⁶⁷ Dennoch gehen am 27.2. die Meldungen darüber im allgemeinen Jubel über die gute Nachricht unter. Die Kommentarspalten füllen sich mit Wünschen für die baldige Rückkehr der Helgoländer, mit Hoffnungen auf den Wiederaufbau und die angelaufene große Helgoland-Spende. Die alsbald beginnenden, von beiden Seiten aus verschiedenen Motiven zögerlich geführten deutsch-britischen Verhandlungen um ein Ersatzziel⁶⁸ stehen nichtsdestoweniger unter einem gewissen *Druck*, den die – bis Juni – fortdauernden rund ein Dutzend kommunistischen Landungen und Invasionsversuche auf Helgoland und der Hallig Trischen, einem möglichen Ersatzziel, auf die Beteiligten ausüben.⁶⁹ Auch wenn deutsche Polizei immer wieder im Einsatz ist, sie abzuholen,^{69a} sind diese Gruppen ein Teil des Nervenkriegs, der seinen Höhepunkt in der (nichtkommunistischen) großen »*Fischerinvasion*« von 18 Booten mit über 100 Helgoländern vom 30. 5. bis 2.6.1951 findet.⁷⁰ Nur mit Mühe können die Demonstranten durch Landrat Schinkel – der gegen jedes unautorisierte Protestieren ist – und seinem

Helgoland-Büro-Leiter, dem späteren Helgoland-Beauftragten H. P. Rickmers, zur Rückfahrt bewogen werden. Der Druck zugunsten einer humanen Zwischenlösung, die das Fischen von freitags bis montags sichert, führt drei Wochen später zu einem Abkommen mit der Air Force.

Im November 1951 wird endlich eine Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und dem britischen Hochkommissar über ein *Ersatzziel*, den Großen Knechtsand, getroffen⁷¹, das aber auf Wunsch Adenauers in mehreren Debatten durch den Bundestag behandelt und am 9. 9. 1952 erst ratifiziert wird.⁷² Die R. A. F. erweist sich noch in letzter Minute als ein schlechter Verlierer. Nachdem alle Hoffnungen, man könne wegen des fehlenden Ersatzziels doch noch über den 1.3.1952 hinaus bombardieren, gescheitert sind, setzt das Bomberkommando – zum ersten Mal nach sehr langer Zeit – für das Wochenende 18. - 20.1.1952 eine Großübung an.⁷³ Auch ein Protestbrief Adenauers ändert nichts daran, während der allerletzte Versuch, noch unmittelbar vor der Freigabe, am 26./27. 2. einen Großangriff zu starten, durch den Land Commissioner in Kiel, Brigadier Hume, abgemildert wird: Es fallen nur noch Rauchbomben. Die Schlacht ist zu Ende.

Wäre sie gar nicht nötig gewesen? Wäre Helgoland auch ohne die friedliche Invasion im Winter 1950/51 freigekommen? Gewiß, spätestens, wie schon Kirkpatrick in seiner zitierten Depesche vom 6.1.1951 andeutet, mit dem Beginn eines deutschen – wie auch immer gearteten – Wehrbeitrags, also faktisch mit dem Eintritt in die NATO am 5.5.1955. Tatsächlich aber wurde mit dieser gewaltfreien Aktion eine um Jahre *vorgezogene Rückkehr* der Insel erreicht und damit ein früherer Wiederaufbau, so daß viele ältere Helgoländer ihre Heimat noch einmal sehen, ja sogar dorthin zurückkehren und dort sterben konnten. Außerdem hätten sich, wie das auch bei Ostflüchtlingen und -vertriebenen geschah, manche der Jüngeren in jenen Aufbaujahren auf dem Festland eingerichtet und – etwa mit Hilfe von Lastenausgleichsmitteln – eine Existenz gegründet. So konnten sich, mit der nötigen Begeisterung als Motivation, realistische Hoffnungen auf eine baldige Heimkehr richten, wie sie dann ab 1956 auch innerhalb eines knappen Jahrzehnts möglich wurde.

Das andere Ziel der Invasoren, ein *Signal für Europa* zu setzen, ist zwar von großen Teilen der jungen Generation, besonders an den Hochschulen, verstanden worden; insgesamt ist es jedoch von der *nationalen Welle* überrollt worden, die das Unternehmen entgegen den Intentionen seiner Initiatoren ausgelöst hat – der ersten übrigens nach dem Kriegsende, die ganz Deutschland emotional erfaßte. – Das auslösende Motiv hingegen, die *Remilitarisierungsdebatte* und die Abneigung, wieder Waffen in die Hand zu nehmen: es wurde durch die Ereignisse und den politischen Kontext in sein Gegenteil verkehrt. Denn mit Helgoland – und so haben die Invasoren ihrem Gegenspieler Kirkpatrick geradezu in die Hände gearbeitet – hoben sie einen jener Stolpersteine, die auf dem Wege zur West-Integration der Bundesrepublik lagen, erst so recht aus dem Meer und erzwangen seine rasche Beseitigung. Es wäre nicht das erste Mal, daß die Historie zum Mißverständnis ihrer Urheber gerät und eine Entwicklung über die hinwegrollt, die sie in Gang gesetzt haben. Der

Sinn enthüllt sich oft erst später – oder nie.

ANMERKUNGEN:

- 1 Ivone Kirkpatrick, *The Inner Circle, Memoirs*, London 1959, S. 220.
- 2 a. a. O., S. 236 f.
- 3 Vgl. zum vorliegenden Beitrag auch das im November 1987 im COBRA Verlag Husum erschienene Buch des Verfassers: *WIR BEFREITEN HELGOLAND, Die friedliche Invasion 1950/51*, 320 S., 40 Abb. – Alle hier in Klammern () gesetzten Ziffern beziehen sich auf die Seitenzahlen dieses Buches.– Die Veröffentlichung britischer Dokumente erfolgt mit dieser Genehmigung: »Crown copyright material in the Public Record Office ist reproduced by permission of the Controller of her Britannic Majesty's Stationary Office.« – Translation by the author.
- 4 Gedrucktes Landtagsprotokoll, S. 44 f.
- 5 Veröffentlicht in: *Dokumente deutscher Kriegsschäden Bd. IV/3, Helgoland*, Kehl, westliche Grenzprobleme, Bonn 1971 (hier: »Kriegsschäden«).
- 6 23. Tagung des 1. gewählten Landtags, Protokoll S. 121 f.
- 7 Bundestag-Drucksachen Nr. 41 und Nr. 166; Protokoll der 19. Sitzung, S. 548 ff.
- 8 Kriegsschäden, S. 66 f.
- 9 a. a. O., S. 67.
- 10 Cuxhavener Presse, 19. 6. 1950.
- 11 Landtagsprotokoll, S. 63-66.
- 12 Kriegsschäden, S. 68.
- 13 Zeittafel II (315).
- 14 Kriegsschäden, S. 44-54.
- 15 Protokoll der 23. Sitzung S. 923 - 928; Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft Nr. 213.
- 16 Landtagsprotokoll, S. 84-88.
- 17 lt. Cuxhavener Presse vom 24.6.1950 (up/Kiel) wurde dem schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten eine Mitteilung der alliierten Hohen Kommission zugeleitet, nach der die Helgoland-Frage »in Anbetracht der mit ihr verbundenen menschlichen Probleme einer überaus gründlichen Prüfung unterzogen wird«. In der Meldung heißt es weiter: »Die Hohe Kommission sei sich der schwierigen Lage der ehemaligen Einwohner Helgolands voll bewußt. Allerdings mache der Entschluß, die Insel für Übungen der Luftstreitkräfte zu benutzen, auch weiterhin ihre Sperrung erforderlich.«
- 18 Cuxhavener Presse, 22.6.1950.
- 19 a. a. O. 26.5.1950.
- 20 a. a. O. 24.6.1950; Cuxhavener Rundschau 11.4.1951.
- 21 Von Theodor W. Adorno stammt das Wort: »Das Neue ist die unerprobte List.«
- 22 (271, Anm. 8).
- 23 Auszugsweise veröffentlicht in: Rolf Steininger, *Deutsche Geschichte 1945 - 1961*, Fischer TB 4316, S. 399 f. Vgl. auch: Konrad Adenauer, *Erinnerungen 1945-1953*, Stuttgart 1983, Kap. XV und XVI.
- 24 am 9.10.1950.
- 25 Ein Beispiel dafür gibt Kap. 1 meines Buches (11 ff.).
- 26 Cabinet Paper 129/44 – 97219, Annex, S. 218, vom 7.2.1951. Vgl. Steininger a. a. O. Kap. 15, S. 388 ff. – Dean Acheson war U.S.-Außenminister.
- 27 Cabinet Paper a. a. O., S. 222.
- 28 S. ihre Erklärung vom 20.12.1950 (34 ff.).
- 29 Frankfurter Abendpost, 20.12.1950. – Landtagsprotokoll vom 19.12.1950.

- 30 FO 1006/238 – 97150, vgl. (184).
31 (80-89).
32 (96 ff.).
33 (115), Verordnung Nr. 224 im deutschen Text (119).
34 (75 f.), (284, Anm. 121).
35 (85), englische Originalfassung (299).
36 Nach einer Mitteilung von Familie Rickmers.
37 (146 f.).
38 (Kap. 17,113 ff.).
39 (211 f.).
40 (247).
41 (75).
42 (136).
43 (137 f.).
44 vgl. zum Folgenden die (138 - 174) gegebene Darstellung.
45 (282, Anm. 107).
46 (74) am 20. 12.
47 Nach London berichtet am 23. 12., FO 1006/238 - 97150: »4. We have confirmed with BAFO (Airforce-Hauptquartier in Deutschland, d. Verf.) that there will be no bombing attacks on the island until after the Christmas holidays.«
48 Am 23.12. (184).
49 (184).
50 (185).
51 (186).
52 (201 f.).
53 Vollständiger Text (230 f.).
54 Er spielt hier auf die vergeblichen Versuche der britischen Besatzungsmacht an, vor 1948 die illegale Einwanderung von Juden nach Israel über See (»Exodus«) zu verhindern.
54^a (205).
55 Darunter auch den Bericht jener Kommission, die am 20. 12. ahnungslos den Studenten bei ihrer Invasion gegenüberstand.
56 Briefwechsel FO 1006/242-97219.
57 (207 ff.).
58 Gegenüber Bundesinnenminister Lehr (216), Ministerpräsident Bartram (227), Ministerpräsident Kopf (230) sowie Brigadier Hume in Kiel zur Invasoren-Delegation (228).
59 (220 ff.; 289 Anm. 177).
60 (233 f.).
61 (236 f.).
62 (244 f.), sowie die Presseerklärung vom 26.2.1951, FO 371/93489 - 97400.
63 Brief Kirkpatricks an Adenauer vom 29.2.1952 (263), dessen Rundfunkansprache über alle Sender vom selben Tag (264 f.), sowie die Ansprache von Ministerpräsident Friedrich-Wilhelm Lübke beim Übernahme-Akt auf Helgoland (308 ff.).
64 (252).
65 Noch 1952 in: Helgoland ruft, das »Tagebuch der Helgolandfahrer«, S. 169 ff. Dann aber in »Helgoland – Schicksal einer Heimat« (zuletzt 1987) als Bild mit irreführender Unterschrift: »Um die Jahreswende 1950/51 wehte die Europaflagge auf dem Felsen – von Freunden und Helgoländern gemeinsam gesetzt.« – Sonderausgabe »Der Helgoländer – 25 Jahre Wiederaufbau«: keine Erwähnung im historischen Rückblick.

– Marmortafel in der Vorhalle des Rathauses: »Nach langen Bemühungen wurde die Insel am 1. März 1952 wieder freigegeben.« Anders Erich Lüth, Helgoland – unzerstörbare Insel, 1979: »Die Invasion der Zwanzigjährigen«, S. 64 ff.

66 (243 ff.).

67 (238 ff.).

68 (255 ff.).

69 (249 ff.).

69^a Übrigens mit denselben Booten, die für Innenminister Pagel Ende Dezember »keine geeignete Marine« darstellten!

70 (252 ff.).

71 vgl. den Aufsatz des Verf.: Bomben auf Norderoog – Die Hallig in der Diskussion als Ersatzziel für Helgoland, in: Heimatkalender »Zwischen Eider und Wiedau«, Husum 1988, S. 85-93.

72 Sie läuft nach fünf Jahren, 1957, ohne Verlängerung aus.

73 (260 f.).

Niko Wöhlk als »entarteter Künstler«

Vor 50 Jahren fanden in München zwei Ausstellungen statt, mit denen die Nationalsozialisten die Beendigung des »Kampfes um die Kunst« vollzogen.¹

Am 18.7.1937 wurde mit der »Großen Deutschen Kunstausstellung« das von dem Architekten Paul Ludwig Trost entworfene »Haus der Deutschen Kunst« eingeweiht. Der Bau war das erste architektonische Großprojekt, die Ausstellung die erste repräsentative künstlerische Selbstdarstellung des Dritten Reiches.

In absichtsvoller Konfrontation wurde einen Tag später in einigen Räumen des nahegelegenen Galeriegebäudes der Hofgartenarkaden die Ausstellung »Entartete Kunst« eröffnet, durch die die moderne Kunst als »bolschewistischjüdische Kulturzersetzung« sowie als »Ausgeburt des Wahnsinns, der Frechheit, des Nichtkönnertums und der Entartung« diffamiert wurde.

Für beide Ausstellungen war der Präsident der Reichskammer für bildende Künste, der bis dahin völlig unbekannte Akt- und Blumenmaler Adolf Ziegler mit den notwendigen Vollmachten ausgestattet. Während Ziegler für die Ausstellung »Entartete Kunst« 25 deutsche Museen planmäßig plünderte, richtete er für die offizielle Ausstellung an »alle deutschstämmigen im Reiche oder im Auslande lebenden Künstler« einen Aufruf, »ihre Werke zur Durchsicht nach München zu schicken«.² Dem Katalog zufolge wurden 25 000 Werke angemeldet, 15 000 tatsächlich eingesandt und knapp 900 ausgewählt und ausgestellt.

Um eine Beteiligung an der Ausstellung bewarben sich auch mehrere Künstler aus Schleswig-Holstein. Während der Landesteil Holstein mit einigen Künstlern in der Ausstellung selbst vertreten war,³ war der Landesteil Schleswig nur indirekt anwesend, und zwar mit mehreren Landschaftsbildern von der Westküste, die von auswärtigen Künstlern stammten.⁴

Zu den Malern aus dem Landesteil Schleswig, die sich vergeblich bewarben, gehörte auch der deutsche Nordschleswiger Niko Wöhlk, der in den 30er Jahren zurückgezogen in seinem Haus an der Apenrader Förde lebte und arbeitete.⁵ Statt auf der »Großen Deutschen« fand Wöhlk sich zu seinem Entsetzen auf der Ausstellung »Entartete Kunst« wieder. Ein Freund Niko Wöhlks beschreibt diesen Vorgang aus der Erinnerung:

Das Jahr 1937 war zum »Jahr der Deutschen Kunst« ernannt worden. Aus diesem Anlaß war unter großem Aufwand in München das sogenannte »Haus der Deutschen Kunst« gebaut worden. Die bildenden deutschen Künstler wurden damals aufgefordert, ihre Arbeiten zur Ausstellung nach München zu schicken. Auch Niko folgte der Aufforderung, einige seiner Malereien einzureichen, denn er war der Auffassung, daß gerade ein deutscher Auslandskünstler in die Ausstellung aufgenommen werden mußte.

Niko hatte durch Ernst Schröder im Sommer 1937 einen Zuschuß für unsere Alpenfahrt bekommen. Dieses verdankten wir der engen Freundschaft zwischen Niko und ihm.

Was lag nun näher, als diese Alpenfahrt 1937 mit den Eröffnungsfeierlichkeiten zum »Jahr der Deutschen Kunst« in München zu verbinden! Wir reisten also über Leipzig, wo wir bei

Hein Kutzers Eltern herrliche Tage verbrachten. In München erlebten wir dann die ersten Tage zum »Jahr der Deutschen Kunst«. Wir erlebten den großen Umzug am Eröffnungstag, sahen die führenden Persönlichkeiten des Reiches und die großartigen Aufmärsche der Wehrmacht und der Parteiorganisation, – ja, wir wurden einfach vom Jubel und von der Begeisterung der Massen mitgerissen. – Am nächsten Tag waren wir dann auch zur Ausstellung im »Haus der Deutschen Kunst«. Ich erinnere sehr gut, daß Niko sehr still und in sich gekehrt war. Er wußte zu der Zeit bereits, daß seine Bilder nicht in der Ausstellung vertreten waren, aber er kannte den Grund dafür noch nicht.

Parallel zur Ausstellung im »Haus der Deutschen Kunst« fand die Ausstellung der sogenannten »Entarteten Kunst« statt. Durch wen oder wie Niko erfuhr, daß ein, wie er sagte, »unschuldiges Blumenbild« der zwanziger Jahre von ihm in die »Entartete Kunst« gelangt war, kann ich nicht sagen, aber durch dieses Blumenbild stand Niko auf der schwarzen Liste. – Niko fuhr daraufhin an einem Nachmittag allein in die Innenstadt Münchens, während wir Jungen das Technische Museum besichtigten. Später, während der nachfolgenden Alpenfahrt, erfuhren wir, daß Niko an jenem Nachmittag den damaligen Oberbürgermeister von Flensburg, Dr. Kracht, aufsuchte, der in den Tagen auch in München weilte, und den Niko persönlich gut kannte. Dr. Kracht hat sich für Niko eingesetzt und dafür gesorgt, daß das Blumenbild aus der »Entarteten Kunst« entfernt wurde. (Damals sagte man hinter vorgehaltener Hand, daß in der Ausstellung »Entartete Kunst« die eigentliche deutsche Kunst zu sehen sei!) Niko hat in den folgenden Jahren sehr unter diesem Ereignis gelitten, und unsere nachfolgende Alpenfahrt war dementsprechend von seiner depressiven Stimmung überschattet. Anhand meines Fahrtentagebuches kann ich die damalige Alpenfahrt gut verfolgen. In einem abendlichen Gespräch während der Fahrt, ja es war eigentlich mehr ein Selbstgespräch Nikos, ließ er seiner Bitterkeit freien Lauf. Er wiederholte, was der Propagandaminister in seiner großen Einweihungsrede u. a. gesagt hatte: »...denn Kunst kommt von Können! «... und fügte dann hinzu: »...aber diese Leute können ja nichts!«⁶

Eines der Bilder (Abb. 1), mit denen sich Niko Wöhlk in München vergeblich bewarb, konnte während der Gedächtnisausstellung, die im Juli 1987 im Städt. Museum Flensburg stattfand, identifiziert werden.⁷ Es stammt ebenso aus dem Besitz von Wöhlks Gönner Ernst Schröder wie jenes Blumenbild (Abb. 2), das nach der Aussage der Schwiegertochter Schröders in der Ausstellung »Entartete Kunst« hing, und das sich heute im Besitz der Familie befindet.⁸ Es stellt sich die Frage, wie dieses Blumenbild nach München kam. Zwei Wege sind möglich: entweder hat Wöhlk das Bild ebenfalls zur »Großen Deutschen Kunstausstellung« eingereicht, wo es wegen seines expressionistischen Stils abgelehnt und in die »Entartete Kunstausstellung« weitergereicht wurde, oder es gehörte zu jenen Bildern, die in der Kunsthalle Kiel beschlagnahmt und von hier auf die Ausstellung »Entartete Kunst« gebracht wurden. Während auf dem Keilrahmen des Bildes »Kornfeld« der originale Einlieferungsschein zur »Großen Deutschen Kunstausstellung« klebt,⁹ fehlt bei dem Blumenbild sowohl ein solcher Zettel als auch eine Inventarnummer der Kieler Kunsthalle.

Die beiden gegensätzlichen Bilder, das »Blumenbild« von 1929 und das »Kornfeld« von 1934, markieren den stilistischen Wandel, den Wöhlk im Jahre 1934 vollzogen hatte. Aus glühender Bewunderung für Emil Nolde waren in den Jahren 1927 - 29 mehrere Blumenbilder entstanden, die seine Abhängigkeit von dem berühmten Landsmann deutlich machen, seit 1934 wandelte er sich jedoch sehr schnell vom Expressionisten zu einem neoromantischen Stimmungsmaler,

ein Schritt, für den man ihm wohl kaum opportunistische Absichten nachsagen darf, der aber ebensowenig als Vorstufe zur künstlerischen Reife und Vollendung gedeutet werden kann, wie dies sein langjähriger Freund und Weggefährte Hans Holtorf tut.

Obwohl sich Wöhlk mit dem »Kornfeld« dem offiziellen Kunstgeschmack des Nationalsozialismus näherte, entsprach es diesem nicht eindeutig genug. Ernst Schlee schreibt, daß sich das Bild »durch einen Zug zu großer Sicht« auszeichnet. Das Kornfeld ist eine »große gelbe Fläche, in der Form einem mächtigen Gletscher vergleichbar, die sich zum Vordergrund herabsenkt...«¹⁰ Sucht man nach Gründen, warum dieses Bild abgelehnt wurde, dann hilft ein Vergleich mit den angenommenen, im Katalog abgebildeten Landschaftsdarstellungen. Ganz offensichtlich war die Malweise dieses Bildes noch immer zu großzügig, außerdem war die Perspektive falsch gewählt; Favorisiert wurden kleinteilig gemalte Landschaften, die geographisch wiedererkennbare Gegenden zeigten und die Weiträumigkeit der Landschaft vor Augen führten. Von einem erhöhten Standpunkt mußte der Blick über die Fluren hinweg raum- und besitzergreifend in die Ferne schweifen können.

Im Vorwort des Kataloges war zu lesen, daß »nach dem Willen des Führers jetzt und für alle Zeiten die alljährliche Ausstellung im Haus der deutschen Kunst nur das Vollkommenste, Fertigeste und Beste gezeigt werden kann, was deutsche Kunst zu vollbringen vermag. Problematisches und Unfertiges hat jetzt und nie im Haus der Deutschen Kunst Aussicht auf Aufnahme«. Dennoch war sich selbst die Auswahlkommission wohl nicht immer einig, auch war Wöhlk nicht der einzige Künstler, dessen Arbeiten den neuen Anschauungen nicht entsprachen. Am 5. Juni besichtigten Hitler und Goebbels zusammen mit der Jury die Auswahl. Goebbels notierte an diesem Tag in sein Tagebuch: »Wir schauen uns die Auslese der Jury an. Bei der Plastik geht es ja noch, aber bei der Malerei ist es z. T. direkt katastrophal. Man hat hier Stücke aufgehängt, die einem direkt das Grausen beibringen ... Der Führer tobt vor Wut.«¹¹ Hitler griff daraufhin brachial in die jurierte Ausstellung ein. Ein Jahr später erklärte er rückblickend: »Bei unzähligen Bildern war es ersichtlich, daß vom Einsender die beiden Ausstellungen (gemeint sind die »Entartete« und die gleichzeitige »Deutsche«) verwechselt worden waren.«¹²

Bezieht man dieses Verdikt Hitlers auf Niko Wöhlk, dann könnte sich der Zorn Hitlers auch auf Wöhlks Blumenbild gerichtet haben. Da Wöhlk sich zu diesem Zeitpunkt bereits von seiner expressionistischen Phase gelöst hatte, wird Ernst Schröder ihm möglicherweise geraten haben, das Blumenbild für die »Große Deutsche Kunstausstellung« einzureichen. Schröder, der als politischer Journalist 1918-20 am Abstimmungskampf im Sinne des Deutschen Ausschusses mitgewirkt hatte, war in den 20er Jahren zum Grenzlandpressechef avanciert, zur »grauen Eminenz«, die im »Deutschen Haus« in Flensburg residierte.¹³ Ab 1937 war Schröder Hauptschriftleiter des »Schleswig-Holsteiner«, in diesem Blatt wie auch an anderer Stelle hatte er auf das Schaffen von Niko Wöhlk aufmerksam gemacht,¹⁴ nun wollte er seinem Zögling über die »Große Kunstausstellung« im gesamten Reich Beachtung verschaffen.

Es hat den Anschein, als habe bei Ernst Schröder und vielleicht auch bei Niko Wöhlk eine gewisse Unsicherheit darüber geherrscht, nach welchen Richtlinien und Kriterien die Jury in München entscheiden würde. Unmittelbar nach der Machtergreifung hatte es nämlich den Versuch einiger Intellektueller und Künstler gegeben, den Expressionismus in die offizielle Kunstpolitik des Nationalsozialismus einzubeziehen.¹⁵ Obwohl sich das Scheitern dieser Bemühungen sehr früh abzeichnete, glaubten nicht wenige selbst nach den ersten Aktionen des Bildersturms und den Entlassungen von Direktoren und Professoren, sich mit dem Nationalsozialismus arrangieren zu können. Unter dem Hissen der nationalsozialistischen Fahne hoffte man, die moderne Kunst mit in das Dritte Reich hinüberretten zu können. Für diejenigen, die noch immer an eine Trennung von Kunst und Politik glaubten, fegten die Nationalsozialisten erst mit den beiden Ausstellungen des Jahres 1937 die letzten Hoffnungen hinweg.

Ernst Schlee hat darauf hingewiesen, daß sich auf dem Gebiet der bildenden Kunst der Prozeß der Gleichschaltung in Schleswig-Holstein langsamer vollzog als im übrigen Reich: »die kunstfeindlichen Tendenzen, die 1937 zum Durchbruch kamen, hatten in dieser Sphäre der Provinz 1935 noch keine Wirkung.«¹⁶ Nach Schlee war es hier vor 1937 noch offen, wohin der offizielle Weg der Kunst im Dritten Reich führen sollte.¹⁷ Mit dem Jahr 1937 wurden auch in Schleswig-Holstein die letzten Reste dieses Mißverständnisses beseitigt. Dennoch mag man sich wundern, daß sich die Kunstdiktatur der Nationalsozialisten auch auf ein vergleichsweise harmloses Blumenbild erstreckte, doch als entartet galt, was nicht nach Handwerksfleiß aussah und die akademischen Regeln des 19. Jahrhunderts außer acht ließ: perspektivische Richtigkeit und fotografische Detailtreue. Leitbilder für die Darstellung von Blumen war ein von Hitler selbst gemalter Blumenstrauß von 1912 und ein mit peinlicher Genauigkeit gepinseltes Stilleben von Adolf Ziegler.¹⁸

Es ist zunächst davon auszugehen, daß Wöhlk dieses Blumenbild zur Großen Deutschen Kunstausstellung eingereicht hat, von wo es dann an die Ausstellung »Entartete Kunst« weitergegeben wurde. Wenn dies zutrifft, so wäre dies allerdings ein Einzelfall. Es ist daher zu fragen, ob das Bild auch auf andere Weise als durch persönliche Einlieferung nach München gelangt sein kann. Ist es, obwohl es keine Inventarnummer trägt, möglicherweise mit einem der in der Kieler Kunsthalle beschlagnahmten Bilder identisch?

Am 14. Juli 1937 erschien Dr. Walter Hansen aus Berlin, ein Mitarbeiter Zieglers und einer der intrigantesten Kunstspitzel der Nazizeit in der Kieler Kunsthalle. Wie sich die Kieler Kunsthistorikerin Lilli Martius, die diese Aktion miterlebte, erinnert, verfügte er über eine unmittelbare Vollmacht vom Führer und eine Liste der für München vorgesehenen Kunstwerke.¹⁹ Nachdem er sich Galerie, Depot und Kupferstichkabinett angesehen hatte, beschlagnahmte er 21 Aquarelle und Zeichnungen, vier Graphiken, 12 Gemälde und eine Plastik. Niko Wöhlk war mit folgenden Arbeiten betroffen:

1. Indisches Flußboot, 1926, Öl
2. Tigerlilien, 1929, Öl
3. Sechs Blatt Aquarelle von der indischen Reise, 1926

4. Ein Bilderbogen bestehend aus 31 Aquarellen, die Wöhlk der Kunsthalle 1927 geschenkt hatte.²⁰

Außerdem wurde in der Kunsthalle ein weiteres Gemälde Wöhlks mit dem Titel »Gladiolen« beschlagnahmt, das sich als Leihgabe des Oberpräsidiums in der Kunsthalle befand.²¹ Dieses Bild könnte in der Tat mit dem auf der Ausstellung »Entartete Kunst« identisch sein, denn es sind u. a. Schwertlilien bzw. Gladiolen dargestellt. Auch stimmt die Größe überein, beide Bilder messen 65 x 70 cm mit Rahmen, doch muß man bedenken, daß dies wahrscheinlich das Maß aller in diesen Jahren entstandenen Blumenbilder Wöhlks ist.²²

Leider geht aus den Unterlagen der Kieler Kunsthalle nicht hervor, ob das Bild »Gladiolen« von Hansen beschlagnahmt wurde oder von Ziegler, der am 16. August 1937 nach Kiel kam, um »eine Nachlese übergangener oder übersehener Werke entarteter Kunst« zu halten.²³ Es müßte jedoch von Hansen mitgenommen worden sein, denn die Ausstellung »Entartete Kunst« wurde in München bereits am 19. Juli eröffnet; als Ziegler nach Kiel kam, lief die Ausstellung bereits 6 Wochen. Auch muß das Bild Wöhlks noch im Juli oder August aus der Ausstellung herausgenommen worden sein, denn ab etwa Ende August 1937 begann man den Bildern in der Ausstellung Inventarnummern zu geben; der Name Wöhlk aber taucht in keinem der Verzeichnisse auf.²⁴

Daß ein Bild aus der Ausstellung »Entartete Kunst« wieder herausgenommen wurde, war kein Einzelfall. Bereits in den ersten Tagen der Ausstellung wurde »Der Turm der Blauen Pferde« von Franz Marc entfernt, »nachdem der Deutsche Offiziersbund eine Protestnote an die 'Reichskammer der bildenden Künste' gerichtet hatte, worin zum Ausdruck kam, daß ein um das Reich und Vaterland verdienster, mit dem EK 1 ausgezeichnetener und im Ersten Weltkrieg vor Verdun gefallener Offizier nicht mit der Schande dieser Ausstellung in Verbindung gebracht werden könne.«²⁵ Zwei Plastiken von Rudolf Belling, der »Dreiklang« und der »Kopf« wurden aus der Ausstellung genommen, weil Bellings Bronze »Der Boxer Schmeling« zur gleichen Zeit auf der »Großen Deutschen Kunstausstellung« zu sehen war. Dieses Nebeneinander hatte eine Flut von brieflichen Anfragen aus der Öffentlichkeit hervorgerufen.²⁶ Im Verlauf der Ausstellung wurden sogar einzelne Räume vorübergehend geschlossen, um Neuordnungen und Umhängungen vornehmen zu können. Ein Raum blieb spätestens von der zweiten Woche an für die allgemeinen Besucher geschlossen und wurde nur Journalisten und Personen mit Sondergenehmigung geöffnet.²⁷

Trotz der Unsicherheit, die bei den Organisatoren der Ausstellung in Einzelfällen herrschte, ist der Einfluß, den Dr. Ernst Kracht offenbar in München hatte, bemerkenswert. Die Motive seines Eingreifens waren rein freundschaftlicher Art. Oberbürgermeister von Flensburg war er erst seit dem 26. März 1936, zuvor war er Landrat von Norder-Dithmarschen gewesen und seit dieser Zeit bestand zu Hans Holtorf und Niko Wöhlk ein freundschaftliches Verhältnis.²⁸ Wahrscheinlich bemühte sich Kracht ebenso erfolgreich auch um die Arbeit eines anderen schleswig-holsteinischen Künstlers, den er aus seiner Amtszeit als Landrat ebenfalls persönlich kannte:²⁹ der seit 1930 mit seiner Familie in Heide lebende Maler Willi Graba hatte der Kieler Kunsthalle 1936 ein zwei Jahre zuvor

entstandenes Aquarell »Bazar in Tetuan (Marokko)« geschenkt. Dieses Blatt war von Hansen bei seiner Aktion vom 14. Juli 1937 beschlagnahmt worden und hing nach Unterlagen der Kunsthalle Kiel vorübergehend in der Ausstellung »Entartete Kunst«. ³⁰ Auch in diesem Fall schien Kracht dafür gesorgt zu haben, daß das Bild aus der Ausstellung herausgenommen wurde.

Die Frage muß offen bleiben, ob Wöhlk das »Blumenbild«, das kurze Zeit auf der Ausstellung »Entartete Kunst« hing, ursprünglich zur »Großen Deutschen Kunstausstellung« eingereicht hat oder ob es identisch ist mit dem in der Kieler Kunsthalle beschlagnahmten Bild des Oberpräsidiums. In jedem Fall scheint Kracht das Bild mit nach Flensburg genommen und Ernst Schröder übergeben zu haben.

Durch die Ereignisse des Jahres 1937 fühlte sich nicht nur Niko Wöhlk verkannt, der Mitglied der NSDAP war und das »Musterbeispiel eines Mitläufers« ³¹ gewesen sein soll. Es ist bemerkenswert, schreibt Lilli Martius, daß die Beschlagnahme in der Kieler Kunsthalle vor Parteimitgliedern nicht Halt gemacht hat, »was auch für Nolde und einige andere Künstler zutrifft.« ³²

Gerade bei den betroffenen jungen Künstlern stieß dies auf große Verständnislosigkeit. Alfred Mahlau war soeben Mitglied der Preußischen Akademie der Künste geworden. Von Else Wex-Cleemann wurde ein Gemälde beschlagnahmt, obwohl sie im Haus der Kunst mit dem Bildnis des SS-Standartenführers Hermann Behme vertreten war. ³³ Hans Groß, der bereits im Jahre 1919 mit einer völkischen Rede an der Kunstschule in Weimar für Unruhe unter Studenten und Professoren gesorgt hatte und die Schule verlassen mußte, war 1933 mit einem »Blut und Boden« Pamphlet »Wege zur nordischen Kunst« hervorgetreten. Doch sie alle nahmen die für sie unbegreiflichen Vorgänge zumindest nach außen schweigend hin, nur der wesentlich ältere Emil Nolde protestierte und forderte unter Hinweis auf seine langjährige Parteimitgliedschaft nach Ablauf der Wanderausstellung »Entartete Kunst« seine beschlagnahmten Bilder zurück:

Nolde an Goebbels 2. 7. 1938

Sehr geehrter Herr Minister. Mit der Abtretung Nordschleswigs an Dänemark bin ich dänischer Staatsangehöriger geworden und zur dortigen deutschen Minderheit gehörend Mitglied der N. S. D. A. P. N. Ich bitte Sie ergebenst auf Grund des veröffentlichten Gesetzes die mir gehörenden Bilder zurückgeben zu wollen...

Als der Nationalsozialismus auch gegen mich und meine Kunst die Benennungen »entartet« und »dekadent« prägte, empfand ich dies sehr als Verkennung, denn es ist nicht so, meine Kunst ist deutsch, stark, herb und innig.

Nach der Abtretung Nordschleswigs wäre es mir leicht gewesen, ein gefeierter Künstler in aller Welt, auf Grund politischer Dinge, zu werden, wenn nicht ich meine Zugehörigkeit zum Deutschtum stets allem vorangestellt und bei jeder Gelegenheit im In- und Ausland ich kämpfend und bekennend für Partei und Staat eingetreten wäre, dabei trotz eigener Diffamierung oder vielleicht deshalb umsomehr, von der Weltbedeutung des Nationalsozialismus zu überzeugen vermochte.

Ich darf gewiß hoffen, meine Anliegen bewilligt zu erhalten.

Heil Hitler gez. Emil Nolde ³⁴

Tatsächlich gehört Noldes neunteiliges Altarwerk »Das Leben Christi«, um dessen

Rückgabe er ausdrücklich bat, zu den wenigen Werken, die von den Nationalsozialisten 1939 an ihre Besitzer ausgehändigt wurden. Die an Nolde zurückgegebenen Bilder stellten allerdings nur einen Bruchteil der insgesamt 1052 Arbeiten Noldes dar, die als »entartet« konfisziert wurden.

Was von den fast 16 000 in der Aktion »Entartete Kunst« beschlagnahmten Werken »international verwertbar schien«, wurde nach Abschluß der Ausstellung gegen Devisen an das Ausland verkauft, die »völlig wertlosen« Restbestände verbrannt.

Niko Wöhlk, der sich schon vor der offiziellen Ächtung des Expressionismus von dieser Stilrichtung gelöst hatte, blieb in den folgenden Jahren unbehelligt, trat als Maler zur Zeit des Nationalsozialismus gleichwohl nicht mehr an die Öffentlichkeit. Nolde hingegen, der auf künstlerischem Gebiet nicht bereit war, irgendeinen Kompromiß zu machen, wurde von allen deutschen Künstlern der von den Nationalsozialisten am stärksten diffamierte Künstler.³⁵

ANMERKUNGEN:

- 1 Zum Thema allgemein: H. Brenner, Die Kunstpolitik des Nationalsozialismus, Reinbek 1963. – Joseph Wulf (Hrsg.), Die Bildenden Künste im Dritten Reich, Gütersloh 1963.
- 2 Katalog: Große Deutsche Kunstausstellung 1937 im Haus der Deutschen Kunst zu München, Vorwort, S. 5.
- 3 u. a. Wilhelm Petersen, Erich Schmidt-Kabul und Else Wex-Cleemann.
- 4 Kat.-Nr. 212 Robert Gollum (München), Landschaft bei Husum, Radierung.
Kat.-Nr. 436 Paul Lehmann-Brauns (Berlin), Halligkante auf Langeness, Öl.
Kat.-Nr. 646 Eduard Schloemann (Düsseldorf), Hallig bei schwerem Wetter, Öl.
- 5 Ernst Schlee, Niko Wöhlk zum 100. Geburtstag. Kat. der Ausstellung Stadt Museum Flensburg und Deutsche Zentralbücherei Apenrade 1987.
- 6 Marius Braune, Rückblick, in: Niko Wöhlk und der Apenrader Wandervogel, hrsg. von Hermann Paulsen, Apenrade 1987, Privatdruck (Büchereizentrale Apenrade).
- 7 Kornfeld, 1934, Öl auf Leinwand. Kat Flensburg/Apenrade 1987, Abb. 43. Heute in Flensburger Privatbesitz.
- 8 Blumen, 1929, Öl auf Leinwand. Kat Flensburg/Apenrade, Abb. 46. Heute Hamburger Privatbesitz.
- 9 Große Deutsche Kunstausstellung 1937 im Haus der Deutschen Kunst in München
Name des Künstlers: Wöhlk
Vorname: Nikolaus
Wohnort: Twerhol, Loit-Kirkeby (Nordschleswig)
Genauere Adresse: Dänemark
Bezeichnung des Werkes: Sommerlandschaft-Kornfeld (Obgenrader Förde)
Eigentümer des Werkes: Hauptschriftleiter E. Schröder
Anschrift für die Rücksendung: E. Schröder, Flensburg, Deutsches Haus.
- 10 Schlee, S. 33.
- 11 Zit nach Mario-Andreas von Lüttichau: »Deutsche Kunst« und »Entartete Kunst« – Die Münchener Ausstellungen 1937. In: Nationalsozialismus und »Entartete Kunst«, hrsg. von Peter-Klaus Schuster, München 1987, S. 87.
- 12 Zit nach: Berthold Hinz, Die Malerei im deutschen Faschismus – Kunst und Konterrevolution, München 1974, S. 38.
- 13 Zu Schröder: Peter Hopp/Carsten Mogensen, Ostersturm 1933, Flensburg 1983,

- S. 252.
- 14 Ernst Schröder, Der Maler N. W., in: Deutscher Volkskalender Nordschleswig 1932, S. 73 ff. - Ders., Beim Maler N. W., in: Der Schleswig-Holsteiner, 17. Jg. 1936, S. 88.
 - 15 Andreas Hüneke, Der Versuch der Ehrenrettung des Expressionismus als »deutscher Kunst« 1933, in: Zwischen Widerstand und Anpassung – Kunst in Deutschland 1933 bis 1945. Kat Akademie der Künste, Berlin 1978, S. 51 - 53.
 - 16 Ernst Schlee, Persönliche Eindrücke aus dem Kunstleben in der Provinz 1920 - 1937. Ein Beitrag auch zur Lage der bildenden Kunst im Dritten Reich, in: Nordelbingen Bd. 53, 1984, S. 190.
 - 17 Ebenda, S. 193.
 - 18 Verfolgt und Verführt – Kunst unterm Hakenkreuz in Hamburg 1933 – 1945. Kat. Kunsthalle Hamburg 1983, S. 48 f.
 - 19 Lilli Martius, Erlebtes den Verwandten und Freunden erzählt Kiel 1970 (Privatdruck), S. 104.
 - 20 Mechthild Weyhe: Nationalsozialistische Kunstpolitik am Beispiel der Kieler Kunsthalle, Examensarbeit zur 1. Prüfung für das Lehramt an Realschulen, Kiel 1974. Die Arbeit enthält eine Liste der in der Kieler Kunsthalle beschlagnahmten Kunstwerke (S. 97 - 104). – Vgl. auch Kerstin Dronske, Kultur und Politik in Kiel 1933 - 1937, in: »Auf gut deutsch« Kunst in Kiel in der Diktatur. Kat Kieler Stadtmuseum 1984, S. 37 - 41; ferner: Gabi Holland, »Entartete Kunst« in Kiel, ebenda, S. 65.
Die Vorkommnisse in Lübeck beschreibt Jenns E. Howoldt: Bildersturm im Behnhaus – Mit einer Dokumentation der 1937 beschlagnahmten Gemälde und Skulpturen. Museum für Kunst und Kulturgeschichte der Hansestadt Lübeck, 1987.
 - 21 Bei Weyhe, Liste, S. 103 ist als Entstehungsjahr dieses Bildes 1927 angegeben, außerdem der Vermerk: Leihgabe des Oberpräsidiums. Wie mir Herr Jürgen Ostwald von der Kieler Kunsthalle freundlicherweise mitteilte, ist das Bild laut Inventarbuch 1929 datiert und als Ankauf vom Künstler eingetragen.
 - 22 Kat. Schlee (wie Anm. 5), Abb. 17 (hier das Maß ohne Rahmen angegeben).
 - 23 Dronske, S. 39.
 - 24 von Lüttichau, S. 120-181.
 - 25 von Lüttichau, S. 108.
 - 26 von Lüttichau, S. 106.
 - 27 von Lüttichau, S. 109 f.
 - 28 Ernst Kracht, Aus meinem Leben – Erinnerungen, Erlebnisse, Erfahrungen, Heide 1986, S. 88.
 - 29 Ebenda.
 - 30 Weyhe, Liste, S. 98.
 - 31 Schlee (wie Anm. 5), S. 26 f.
 - 32 Martius, S. 106 f.
 - 33 Dronske, S. 39.
 - 34 Diether Schmidt, In letzter Stunde – Schriften deutscher Künstler des 20. Jahrhunderts, Bd. 2, 1933 - 45, Dresden 1964, S. 152 f.
 - 35 Noldes Verhältnis zum Nationalsozialismus ist im Zusammenhang noch nicht untersucht. Walter Jens hat jedoch in einer eindrucksvollen Rede anlässlich des 100. Geburtstages des Malers darauf hingewiesen, daß der faschistisch deutbare Nolde sich auf dessen Schriften beschränkte.

»Wir müssen davon erzählen«

Einweihung der Gedenkstätte auf dem ehemaligen Gelände des KZ Husum-Schwesing

Am 27. November 1987 wurde die Gedenkstätte für das Konzentrationslager Husum-Schwesing auf dem ehemaligen Lagergelände der Öffentlichkeit übergeben. Der Kreis Nordfriesland als Träger der Gedenkstätte hatte aus diesem Anlaß zu einer öffentlichen Feierstunde in den Rittersaal des Husumer Schlosses eingeladen. Überlebende des Konzentrationslagers und deren Angehörige aus Dänemark, Frankreich, Großbritannien und Holland waren nach Husum gekommen, und auch die nordfriesische Bevölkerung zeigte großes Interesse. Die Feierstunde mußte wegen des großen Andranges ins »Husum Hus« verlegt werden, wo sich mehr als 300 Zuhörer versammelt hatten.

Den Kontakt zu den Überlebenden haben Mitglieder der »Arbeitsgruppe zur Erforschung der nordfriesischen Konzentrationslager«¹ vor mehreren Jahren hergestellt. Zum 50. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers hatte die Arbeitsgruppe unter anderem ehemalige Häftlinge nach Husum eingeladen, um über das bis dahin verdrängte und vergessene KZ zu sprechen. Mehr als 900 Menschen hörten damals die erschütternden Berichte über den Leidensweg der Häftlinge.²

1. Das Konzentrationslager

Das Konzentrationslager Husum-Schwesing war ein Außenlager des KZ Neuen-gamme und bestand nur drei Monate lang, von September bis Dezember 1944. Die Häftlinge waren in einem Barackenlager des Reichsarbeitsdienstes untergebracht, das in den Jahren 1938/39 für höchstens 400 Personen konzipiert worden war. Im Oktober 1944 waren dort 2.500 Häftlinge gefangen, und das Lager erreichte den Höchststand seiner Belegung. Der Arzt Paul Thygesen hat die Lage damals so beschrieben:

»Die Baracken selbst waren schief und krumm, für Zug und Kälte offen. Nur in den wenigsten Stuben befanden sich die Öfen in einem solchen Zustand, daß sie überhaupt geheizt werden konnten – und wir lebten die letzten drei Monate des Jahres 1944 in dem Lager. Hier schliefen und aßen die Häftlinge, und sie versuchten in den wenigen Stunden, die sie nicht schliefen oder damit zubrachten, sinnlose Löcher in die Marsch zu graben, eine armselige Form von Leben zu entwickeln. Hierher kamen sie abends zurück, oft nachdem sie zwölf Kilometer von der Arbeitsstelle marschiert waren und den ganzen Tag im Wasser gestanden hatten – und zwar mitunter bis zum Bauch –, und hier krochen sie dann zu zweit auf einem Strohsack und mit einer Decke für jeden oder jeden zweiten in den Bettgestellen zusammen. Und von hier aus wurden sie morgens um fünf Uhr in Dunkelheit, Kälte und Regen gejagt, nachdem sie einen Blechnapf lauwarmer brauner Wassersuppe in sich geschlürft hatten – das Brot war bereits am vorhergehenden Tag ausgegeben und immer umgehend verschlungen worden.

Die unbeschreiblich schmutzigen Toilettenbaracken lagen abseits der Schlafstellen – über einfachen Erdlöchern errichtet und mit einem Abfluß, der überhaupt nicht in der Lage war, den Inhalt der überlasteten Klosetts abzutransportieren. Die Überlastung resultierte einerseits einfach aus der Überbelegung des Lagers, andererseits aus dem Umstand, daß die Häftlinge durchschnittlich ein halbes dutzendmal am Tag Stuhlgang hatten. Eine der Geißeln des Konzentrationslagers, die Diarrhöe, herrschte auch hier. Eine Mischung aus Erbrochenem, Urin und Abgeführten floß über die Erde hinter den Baracken, und bei Windstille vermengte sich der Gestank davon und der strenge Geruch verrottender Rüben vom Komposthaufen miteinander – letzterer war übrigens auch ein beliebter Aufenthaltsort für Ratten.«³

Obwohl am 1. November 1944 rund 1000 Häftlinge in das zweite nordfriesische Außenlager in Ladelund überführt wurden, verbesserten sich die schrecklichen Arbeits- und Hygienebedingungen im Lager Husum-Schwesing nicht. Mitte November befanden sich 734 Kranke im Lager, die an Darmkrankheiten, Lungen- und Rippenfellentzündungen, Herzkrankheiten, rheumatischem Fieber, Diphtherie, Tuberkulose u. a. litten. Ein erster Rücktransport nach Neuengamme fand am 5. Dezember statt; endgültig aufgelöst wurde das Lager Husum-Schwesing am 29. Dezember 1944.

Die Häftlinge des Außenkommandos Husum-Schwesing waren beim Bau von Panzergräben eingesetzt, die den sog. »Friesenwall« bilden sollten. Es bestand offensichtlich bei der Wehrmacht die Auffassung, daß eine weitere Landung der Alliierten an der dänischen oder nordfriesischen Nordseeküste möglich wäre. Die Panzergräben sollten 4 - 5 m breit, 2,5 m tief und in der Grundsohle ½ m breit sein. Es war eine schwere Arbeit, den feuchten Kleiboden zu bewegen und dabei teilweise bis zur Hüfte in kaltem Wasser zu stehen. Die Häftlinge arbeiteten 10-12 Stunden in der Marsch, hinzu kamen die langen Anmarschwege, die in der ersten Zeit zu Fuß, später in Viehwaggons zurückgelegt wurden.

Die tägliche Verpflegung war so dürrtig, die Unterkunft im Lager und die ständigen Schläge und Torturen durch die Bewacher so schlimm, daß die Sterberate in Husum-Schwesing sehr hoch war. Die genaue Zahl der Toten ist jedoch sehr schwer festzustellen, da viele Häftlinge an den Folgen der unmenschlichen Bedingungen in Husum-Schwesing nach dem Transport in andere Lager gestorben sind. Im Sterbebuch der Gemeinde Schwesing sind 288 Todesfälle registriert, in den Totennachweisen des KZ Neuengamme sind 508 Namen verzeichnet. Die Toten wurden in Papiersäcke gehüllt, auf das Pferdefuhrwerk eines Bauern aus der Nachbarschaft gepackt und in einem Massengrab auf dem Husumer Ostfriedhof verscharrt. Nach dem Krieg wurden die Gebeine zahlreicher Toter in ihre jeweiligen Heimatländer überführt.

Nach den Recherchen der Arbeitsgruppe kam ein Großteil der Häftlinge aus Holland, unter ihnen Leute aus dem Dorf Putten, dessen männliche Einwohner fast vollständig aus Rache für einen Anschlag des niederländischen Widerstandes auf einen Geländewagen der deutschen Wehrmacht ermordet worden sind. Weitere Gruppen kamen aus Frankreich, Dänemark, Polen, der Sowjetunion und Deutschland, einzelne Häftlinge kamen aus Belgien, Italien, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Spanien, Griechenland und England. Es waren aktive Widerstandskämpfer unter ihnen, Geistliche, Offiziere der Roten Armee,

Männer, die wegen geringster Vergehen verschleppt worden oder Denunzianten zum Opfer gefallen waren.

2. Die Gedenkstätte

Die Baracken des Lagers wurden Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre abgerissen. Heute steht nur noch ein Teil der alten Küchenbaracke, die zu einem Wohnhaus umgebaut worden ist. Bereits nach der Veranstaltung am 30. Januar 1983 war die Arbeitsgruppe an den Kreis, die Stadt Husum und die Gemeinde Schwesing herantreten, um zu erreichen, daß auf dem ehemaligen Lagergelände eine Gedenkstätte errichtet wird. Von Anfang an unterstützte der damalige Landrat des Kreises Nordfriesland, Dr. Klaus Petersen, diese Initiative und führte die Verhandlungen mit der Bundesvermögensverwaltung. 1985 ging die Hälfte des Geländes in Kreiseigentum über, die andere Hälfte befindet sich nach wie vor in Privatbesitz.

Der in Schobüll lebende Bildhauer Uli Lindow wurde beauftragt, das Modell für eine Gedenkstätte zu erstellen. Nach Auffassung der Arbeitsgruppe sollte das Merkmal einer solchen Gedenkstätte ein Zeichen sein, das in umgesetzter, künstlerischer Form eine Aussage macht über die Leiden und grausamen Erfahrungen der ehemaligen Häftlinge. Daneben sollte eine Dokumentation die Ereignisse erläutern.

In ständiger Diskussion mit den Überlebenden des KZ Husum-Schwesing und den Mitgliedern der Arbeitsgruppe entstand jenes Modell einer Gedenkstätte, das heute auf dem Lagergelände zu sehen ist und dessen Intention hier kurz erläutert sei:

Durch die räumliche Beschaffenheit des Gebäudes – sehr hoch, sehr eng, nach oben hin offen – bleibt dem Besucher die Situation der gefangenen Häftlinge nicht verborgen. Vielleicht wird sie sogar für Sekunden nachvollziehbar. Obwohl der Besucher heute als freier Mensch die Gedenkstätte betritt und verläßt, wird er doch gezwungen, sich gedanklich mit der Unfreiheit und Gefangenschaft der Häftlinge auseinanderzusetzen. Der Raum ist nur nach oben hin offen. Für die Gefangenen gab es aus dem Lager kein Entkommen. Da war ein Stacheldrahtzaun und die bewaffneten Bewacher. Freiheit, Entkommen, Erlösung gab es nur über den Tod, über den Himmel. Auch daran wird der Besucher vielleicht denken. Durch diesen Raum nähert man sich auf einer leicht nach oben ansteigenden Rampe einem hohen, schmalen, vergitterten Fenster, durch das man auf den Boden eines ansonsten völlig geschlossenen Raumes schaut. Hier befindet sich das Modell des Konzentrationslagers Husum-Schwesing in grobe Betonklötze gegossen, die auch als Särge gesehen werden können. Der Besucher wird dadurch ausgeschlossen von der konkreten Erfahrung des Lagers. Denn erfahren haben nur die Häftlinge das Lager und die wiederum waren völlig abgeschlossen von der Außenwelt, isoliert von jedem normalen Leben. Auch die zeitliche Entfernung vom Geschehen wird deutlich. Wir blicken heute mit Distanz auf die historischen Ereignisse von damals und sind auf die Berichte von Augenzeugen angewiesen. Wir können das Geschehene nur gedanklich

nachvollziehen.

Die Kreuzform der Gedenkstätte erinnert an eine Basilika und bekommt dadurch einen christlichen Bezug. In der »Krypta« befindet sich hier das Modell des Konzentrationslagers.

Für die Behandlung des Nationalsozialismus im Schulunterricht ist diese Gedenkstätte eine wichtige Ergänzung. Schülern und Lehrern wird nahegebracht, daß Konzentrationslager und Gewaltherrschaft keine entfernten Größen sind – Auschwitz, Dachau, Neuengamme sind weit weg. Das nationalsozialistische Terror-Regime hat auch hier bei uns, vor der eigenen Haustür, stattgefunden. Der Besucher soll durch die Wirkung der Gedenkstätte aufgefordert werden, sich gedanklich mit Ereignissen, die von ihrer Aktualität bis heute nichts eingebüßt haben, auseinanderzusetzen und sich im nachhinein durch weitere konkrete Informationen mit diesem wichtigen Thema zu beschäftigen.

Im November 1985 faßte der Kulturausschuß des Kreises Nordfriesland den Beschluß, eine Gedenkstätte nach dem Modell des Bildhauers Uli Lindow zu errichten. Die Gemeindevertretung von Schwesing konnte sich jedoch mit dem vorliegenden Konzept nicht einverstanden erklären, sie sprach sich für die Aufstellung einer Gedenktafel aus. Die Entscheidung lag nunmehr beim nordfriesischen Kreistag. Dem entsprechenden Antrag stimmten die Sozialdemokraten, die Grünen, drei CDU- und ein FDP-Abgeordneter zu. Der SSW und die Mehrheit der CDU-Fraktion enthielten sich der Stimme.⁵ Auch die Gemeinde Schwesing versagte nun ihre Zustimmung zum Bauantrag des Kreises nicht mehr. Nach Aussagen von Bürgermeister Meder wird die Entscheidung für die Gedenkstätte von seiner Gemeinde heute mitgetragen. Im August 1987 konnte mit dem Bau begonnen werden, eine Nordstrander Firma bekam den Zuschlag. Die Gesamtkosten betragen 197000 DM. Der Kreis Nordfriesland finanzierte 115000 DM aus Eigenmitteln, 75000 DM kamen über Sonderbedarfzuweisung vom Land Schleswig-Holstein, und das Kultusministerium gab einen Zuschuß von 6500 DM.

3. Die Einweihung

Zur Einweihung der Gedenkstätte am 27. November 1987 waren wiederum zahlreiche Überlebende des Konzentrationslagers nach Husum gekommen. Der Programmverlauf der Feierstunde im »Husum Hus« sah eine ganze Reihe von Reden vor, die den ausländischen Besuchern übersetzt in ihrer jeweiligen Landessprache schriftlich Vorlagen.

Landrat *Dr. Lothar Blatt* sprach in seiner Einführung davon, daß ein Volk sich seiner Geschichte stellen müsse, das bedeute aber auch, die Erinnerungen an grausame und unmenschliche Ereignisse während der Nazi-Zeit wachzuhalten. Er betonte, daß ein Mahnmal zugleich das Symbol für das Bedürfnis nach Versöhnung sei und bezeugte seinen Respekt und seine Dankbarkeit den Opfern und Angehörigen für ihre Bereitschaft zur Versöhnung.

Der Bildhauer *Uli Lindow* erklärte, daß er die entscheidende Idee für die Konzeption der Gedenkstätte durch ein Foto bekommen habe, das ein Pilot der

englischen Luftwaffe 1944 aus großer Höhe vom KZ aufgenommen habe. Dieses Foto markiere die Distanz zum erlebten Leid der Betroffenen, die unnahbare Distanz zum Ort der Opfer. Ihm, Lindow, sei es darum gegangen, eine würdige Situation zu schaffen, die Menschen auffordere, über Ereignisse nachzudenken, die menschliches, ethisches Miteinander beeinflusst haben oder beeinflussen könnten.

Der ehemalige Landrat des Kreises Nordfriesland, *Dr. Klaus Petersen*, der sich in seiner Amtszeit besonders für die Errichtung der Gedenkstätte eingesetzt hatte, wies darauf hin, daß er schon an der Veranstaltung zum 50. Jahrestag der Machtergreifung am 30.1.1983, teilgenommen hatte. Er sei sehr beeindruckt gewesen von den Berichten der ehemaligen Häftlinge und wünschte sich, daß die Gedenkstätte als eine Form der Versöhnung verstanden werde und besonders die jungen Leute anregen sollte, die Geschichte zu erforschen, offenzulegen und mit objektivem Maß zu überliefern.

Jean Le Bris, der Präsident der französischen Häftlingsorganisation »Amicale de Neuengamme«, gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die französischen Überlebenden von Husum-Schwesing und ihre Angehörigen 1983 bei ihrem ersten Besuch so freundlich empfangen worden seien. Seither findet beinahe jedes Jahr eine Pelérinage (Wallfahrt) nach Neuengamme, verschiedene andere Außenlager und nach Husum statt. »Ich kann heute sagen«, so Jean Le Bris, »daß die Kontakte, die wir geknüpft und weiterentwickelt haben, uns gezeigt haben, daß die Worte anlässlich des ersten Empfanges ernst gemeint waren. Das Bestreben ist deutlich geworden, die Schwierigkeiten, die sich auf unserem Weg befinden könnten, zu beseitigen. Wenn wir auch einen Augenblick tief beunruhigt waren, als uns gewisse Schwierigkeiten auf unserem gemeinsamen Weg erschienen, so hatten wir doch Vertrauen, und wir hatten Recht damit, denn heute konkretisiert sich dieses Vertrauen durch die Errichtung eines Mahnmals, an dessen Einweihung wir mit großer Dankbarkeit teilnehmen.«

Le Bris sprach von der angsterfüllten Erinnerung der Opfer an ihren Leidensweg im KZ Husum-Schwesing, und daß keiner, der es nicht erlebt hat, sich vorstellen könne, wie sehr dort die Menschenrechte verhöhnt worden seien. »Auf diesem Gelände, das für uns verdammt schien, soll für immer daran erinnert werden – auch wenn wir niemals unsere Opfer und ihre Henker vergessen werden – daß wir uns hier treffen können, um zu bezeugen, daß es für Europa sehr wichtig ist, daß die Welt es mit einer Stimme des Friedens, des Gewissens und der Achtung der Menschen sprechen hört.«

Benjamin Mørch, ein ehemaliger dänischer Häftling, der bereits am 30.1.1983 die Zuhörer durch seine eindringlichen Schilderungen in Bann gezogen hatte,⁶ sprach davon, wie oft er in seiner Erinnerung an den Ort Husum zurückgekehrt sei. Für ihn sei der physische Schmerz, den er im KZ hatte erleiden müssen, schwer zu ertragen gewesen, aber, so meinte er, wenn man nicht daran stirbt, dann verheilen die Wunden mit der Zeit. Was er damals nicht wußte, war, daß psychischer Schmerz, Erniedrigung, Ungerechtigkeit, die verlorenen Illusionen noch schwerer wiegen. An dieser seelischen Last habe er sein ganzes Leben zu tragen. Und so ergehe es auch den anderen Überlebenden. Sie kamen aus verschiedenen

Ländern, verschiedenen Gesellschaftsschichten, aber eine Sache hätte sie alle verbunden: das gemeinsame Ziel, ein menschenfeindliches System zu bekämpfen.

Offenheit und Ehrlichkeit nannte *Professor Andries van Dantzig* aus Holland eine Voraussetzung für den Umgang mit Geschichte. Dazu gehöre auch, offen und ehrlich zu gestehen, daß, was an Unrecht, Grausamkeit und Abscheulichkeit im Dritten Reich geschah, in der Mitte des deutschen Volkes geschehen ist. Die Konzentrationslager seien Zeichen eines Geistes gewesen, der selbst den geringsten Anteil an Zivilisation, Legalität und Menschlichkeit, den die Völker im Krieg noch zu handhaben versuchten, verachtet hätte. Wenn von diesen Verbrechen gesprochen werde, so Prof. van Dantzig, dann gehörten dazu auch die Täter; diejenigen an Ort und Stelle, diejenigen im Hintergrund, die alles geplant und organisiert und auch die, die zugestimmt und zugelassen hätten. »Für mich war das Hierherkommen«, so von Dantzig weiter, »eine Möglichkeit, um über vieles, was getrennt hat und noch immer schwierig ist, hinaus den guten Willen, der hier gezeigt wird, mit meinem guten Willen zu honorieren.« Van Dantzig gestand ein, daß während des Krieges und auch nachher die Leute vielleicht nicht genug gewußt hätten von der Existenz des Lagers. Es sei damals schwierig genug gewesen, zu überleben. Daß man sich heute aber der Vergangenheit stelle, nannte er eine Tat von »Anstand und Mut«, und diesen Entschluß zur Humanität wolle er unterstützen.

John Vanderliet-Awick, der einzige Engländer im KZ Husum-Schwesing, hat nur dank seines holländisch klingenden Namens überlebt. Seine Kameraden, die mit ihm verhaftet wurden, sind, so vermutet er, erschossen worden, denn er habe sie nie wiedergesehen. Für John Vanderliet-Awick war Husum-Schwesing schlimmer als Neuengamme und Bergen-Belsen, weil hier SS-Untersturmführer Hans Griem das Kommando hatte. Eine Begegnung mit ihm konnte den sicheren Tod bedeuten, und auch er selbst habe nach einer solchen den Mut verloren und sei in Panik geraten – die schlechteste Voraussetzung zum Überleben. Vanderliet begann zu beten: »Ich bemerkte, daß ich meine Panik ablegte und vernünftiger wurde. Meine Einstellung veränderte sich. Erfolgreich versuchte ich, mir mehr Nahrung zu verschaffen.« Die Dänen, die vom Roten Kreuz Essenspakete erhielten, seien sehr großzügig gewesen und hätten vieles mit ihren Mitgefangenen geteilt. »Ich war einer von denen, die die Hölle von Husum überlebt haben und nach Neuengamme zurückgeschickt wurden. Durch die Gnade Gottes bin ich hier, um Zeuge des letzten Kapitels in der Geschichte des Husumer Konzentrationslagers zu sein«, so John Vanderliet-Awick. Durch das jahrelange Bemühen der Arbeitsgruppe könnten die Toten des KZ endlich in Frieden ruhen, und den wenigen, die überlebten, sei es ein Trost, daß Gerechtigkeit geschaffen wurde.

»Wir müssen davon erzählen«, war das Thema, das der Schriftsteller *Uwe Herms* für seine Rede gewählt hatte, »denn wenn wir etwas zu erzählen haben, und wir verschweigen es, dann legen wir in uns die Mördergrube der Zweiten Schuld an. Sie auszuheben ist schmerzlich und schwer, aber sie durch Verschweigen zu versiegeln heißt, die verbrecherischen Taten im Namen der von den Nazi-

Deutschen so genannten 'deutschen Volksgemeinschaft' durch eine Art geistiges Hohlertum noch einmal zu begehen. « Erst die Errichtung der Gedenkstätte mache das Gedächtnis unauslöschlich, weil dort kein Gras wachsen könne wie über die Mauerstümpfe des Lagers. Das Glück, mit den Überlebenden aus fünf Ländern noch einmal zusammenzukommen, sei dem ans Wunderbare grenzenden Großmut der Opfer zu verdanken, die nicht Rache und Unversöhnlichkeit zu ihrem Lebensprinzip erhoben hätten. »Und wir verdanken dieses Glück«, so Heims, »jungem Leuten aus Nordfriesland, die über Jahre hin gegen schweren Widerstand vieler Landsleute die moralische Kraft aufgebracht haben, der Zweiten Schuld nicht zu verfallen, keine Hehler des Verbrechens, keine Mitverschweiger zu werden.« Die Mitglieder der Arbeitsgruppe seien stets bescheiden hinter ihre Arbeit zurückgetreten. Sie hätten ihre Arbeit für alle geleistet, am meisten aber für jene, die sie ihre Arbeit nicht leisten sehen wollten.

Uwe Herms nahm in seiner Rede auch Stellung zur Kritik daran, daß der Kreispräsident von Nordfriesland, Willy Zühlke, die Einladung zur Feierstunde mit unterzeichnet hat. »Wir wissen nicht, ob er in seiner Eigenschaft als SS-Offizier eine darüber hinausgehende Schuld auf sich geladen hat. Das ist vermutlich nur ihm selber bekannt. Aber daß er nicht auch noch die Zweite Schuld der politischen Abstinenz aufhäuft und sich durch ein Bekenntnis zu der Gedenkstätte an der Bearbeitung der Ersten Schuld beteiligt, hätte ein Vorbild für andere sein können.« Das sei in der Geschichte der Bundesrepublik nichts Selbstverständliches, meinte Herms, und daß dies so sei, darin liege die Schändlichkeit und die Beschämung, die sich mit der Entwicklung seit 1945 bis auf den heutigen Tag verbinde.

Nach der Feierstunde hatte der Kreis Busse bereitgestellt, die die Teilnehmer zur Gedenkstätte nach Schwesing brachten, wo keine weiteren Ansprachen mehr vorgesehen waren. Kränze wurden niedergelegt, u. a. von der Stadt Husum und der Bundeswehr. Das Wetter an diesem Tag, so sagten die Überlebenden, sei genauso gewesen, wie sie es für Husum-Schwesing in Erinnerung hatten: kalt, neblig, feucht und ungemütlich.

ANMERKUNGEN:

- 1 Im folgenden »Arbeitsgruppe« genannt. Anschrift: Neustadt 57, 2250 Husum. Mitglieder: Klaus Bästlein, Jürgen Hansen, Perke Heidt, Rainer Kühnast, Uli Lindow, Friedrich Pingel, Dr. Thomas Steensen, Martin Vollmer, Helmuth Wlazik.
- 2 Dazu Friedrich Pingel, Macht ohne Moral, in: Grenzfriedenshefte 1/1983, S. 32 - 36.
- 3 Das KZ Husum-Schwesing. Außenkommando des Konzentrationslagers Neuengamme. Materialien zu einem dunklen Kapitel nordfriesischer Geschichte. Hrsg. Klaus Bästlein u. a., 2. verb. Aufl., Husum 1983 (Schriftenreihe des Nordfriesischen Instituts Nr. 73). – Siehe auch die Besprechung im Grenzfriedensheft 2/1984, S. 154-158.
- 4 Bericht in der »Umschau« der Grenzfriedenshefte 2/1984 S. 145 - 147.
- 5 Im nordfriesischen Kreistag sind vertreten: CDU: 20 Abg., SPD: 18 Abg., Grüne: 3 Abg., SW: 2 Abg., FDP: 2 Abg.
- 6 Text der Rede in: Husumer Nachrichten, 3., 4., 5. 2.1983.

Jugendarbeitslosigkeit im Landesteil Schleswig

1. Ökonomische Rahmenbedingungen im Arbeitsamtsbezirk Flensburg

Die wirtschaftliche Entwicklung des Arbeitsamtsbezirks Flensburg, der von der Fläche her den größten Teil des Landesteils Schleswig ausmacht, wurde lange Zeit mit seiner Wirtschaftsstruktur und mit der EG-Randlage begründet. Es hat sich aber gezeigt, daß auch nach dem Beitritt Dänemarks in die Europäische Gemeinschaft die wirtschaftliche Entwicklung weiterhin hinter dem Bundesdurchschnitt zurückgeblieben ist. Zuwächse werden in den letzten Jahren nur noch bei den Arbeitslosenzahlen festgestellt. Während 1980 7378 Beschäftigte ohne Arbeit waren, was einer Arbeitslosenquote von 5,7 %¹ entsprach, liegt die Arbeitslosenquote 1986 bei 15,7 %². Im Jahresdurchschnitt 1986 waren 20 520 Beschäftigte arbeitslos und damit nur 85 weniger als 1985, obwohl die Zahl der ABM-Stellen (ABM = Arbeitsbeschaffungsmaßnahme) drastisch erhöht worden ist. Allein zwischen 1980 und 1987 hat sich die Zahl der ABM-Stellen von 325 (1980) auf 1691 (1987) fast verfünffacht. Der Boom in der Bundesrepublik Deutschland ist also nicht nur an dieser Region vorbeigegangen, vielmehr hat sich die negative Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt fortgesetzt, wenn auch nicht in dem Maße, wie in den Jahren von 1980 bis 1985. Im Jahresdurchschnitt von 1987 ist die Arbeitslosenquote auf 15 % gesunken, was zumindest eine leichte Entspannung des Arbeitsmarktes anzeigt.

In einzelnen Dienststellenbezirken sieht die Situation allerdings noch schlechter aus. In Westerland und Husum wurden im Januar 1988 Arbeitslosenquoten von 16,9 bzw. 21,2 % (1987 20 bzw. 22,2 %) erreicht.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung erklärt die Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in diesem Gebiet, das den größten Teil des Landesteils Schleswig umfaßt, mit den besonders ausgeprägten Strukturproblemen in Landwirtschaft und Baugewerbe. Zu diesen traditionellen Problembranchen hat sich in den letzten Jahren die Wertindustrie gesellt, die aufgrund ihrer mittelständischen Struktur in der Region bis vor kurzem noch nicht so stark von der Schiffbaukrise betroffen war. Nach dem Zusammenbruch der Harmstorf-Gruppe, zu der auch die Flensburger Schiffswerft gehörte, im Herbst 1986, sind jetzt auch in dieser Branche Hunderte von Arbeitsplätzen gefährdet. Der einzige Wirtschaftsbereich, in dem in den letzten Jahrzehnten noch Wachstumszusätze erzielt wurden, der Tourismus, führt auch nur in der relativ kurzen Saison von Juni bis September zu einer Entlastung auf dem Arbeitsmarkt, die sich besonders in Küstennähe spürbar auswirkt.

In welchem Maße allerdings durch den Einstieg in alternative Formen der Energieerzeugung auch für das nördliche Schleswig-Holstein die Schaffung neuer Arbeitsplätze z. T. auch außerhalb der traditionellen Branchen möglich gewesen wäre, zeigt die Entwicklung in Dänemark. Dort waren 1979 52 Leute mit

der Herstellung kleiner Windkraftanlagen beschäftigt. Mittlerweile arbeiten in diesem Bereich etwa 20 Firmen mit 3000 Beschäftigten. Nachdem inzwischen die Dänen einen erheblichen Vorsprung auf diesem Gebiet erzielt haben, hat die Husumer Schiffswerft erst 1986 ihren Prototyp einer 200-kW-Windkraftanlage vorstellen können.

Wie bereits dargestellt, hat sich die Beschäftigungssituation im Arbeitsamtsbezirk Flensburg in den letzten Jahren erheblich verschlechtert. Während in den Jahren zwischen 1976 und 1980 noch Beschäftigungszuwächse zu verzeichnen waren – die Zahl der Beschäftigten nahm in diesem Zeitraum um 10124 zu–, fiel die Beschäftigtenzahl bis zum zweiten Quartal 1983 um 3962 und stieg bis zum zweiten Quartal 1985 nur um 1828 auf 109654³. Gleichzeitig stieg aber die Arbeitslosenquote von 1975 bis 1985 von 5,2 auf 15,7 %.

Schon aus dieser Gegenüberstellung der Beschäftigungsentwicklung und der Arbeitslosenquote wird deutlich, daß das Erwerbstätigenpotential erheblich zugenommen hat.

Im Januar 1988 lag die Arbeitslosenquote bei 17,2 % und war damit nur um 1,2 % niedriger als im Januar 1987. Auch wenn bei diesem relativ hohen Winterwert der in diesem Arbeitsamtsbezirk besonders hohe saisonale Effekt zu berücksichtigen ist, wird deutlich, daß die Arbeitslosenquote weit über dem Bundesdurchschnitt liegt.

Ebenso kann aus der schwach ausgeprägten konjunkturellen Erholung in dieser Region auf die relativ starken strukturellen Probleme, die vor allem in der Landwirtschaft und im Baugewerbe vorzufinden sind, geschlossen werden. Die hohe saisonale Arbeitslosigkeit hängt einerseits vom Baugewerbe und andererseits vom Fremdenverkehr ab, das heißt, daß die Bautätigkeit in den Wintermonaten stark reduziert werden muß und daß vom Fremdenverkehr in dieser Region nur in den Sommermonaten nennenswerte Beschäftigungseffekte ausgehen. Die Strukturförderungsprogramme, die darauf abzielen, durch die Förderung des Fremdenverkehrs in diesem Raum neue Arbeitsplätze zu schaffen, haben den vom Strukturwandel in dieser Region Betroffenen nur Ersatzarbeitsplätze für wenige Monate im Jahr geschaffen.⁴

Hinzu kommt, daß der Fremdenverkehr, der auch Folgebeschäftigungen in den Bereichen des Transportgewerbes, des Einzelhandels und des Gesundheitsbereichs nach sich zieht, an der Nord- und Ostseeküste zwischen 1980 und 1983 stagnierte und erst nach 1983 wieder Zuwächse zu verzeichnen hatte. Diese Entwicklung spiegelt sich eindeutig in dem Zuwachs an Arbeitslosen, z. B. im Gaststättengewerbe, wider. Während 1980 341 Arbeitslose in diesem Bereich gemeldet waren, stieg die Zahl der Arbeitslosen aus dem Gaststättengewerbe im Arbeitsamtsbezirk Flensburg bis 1982 auf 872 und erreichte 1985 mit 1178 Arbeitslosen den höchsten Arbeitslosenstand in den letzten fünf Jahren.⁵

Dieser steigenden Arbeitslosigkeit im Hotel- und Gaststättengewerbe steht eine

Verdoppelung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Zeitraum zwischen 1980 und 1985 gegenüber. Während 1980 95 Ausbildungsverträge abgeschlossen wurden, stieg die Zahl bis 1985 auf 194 an und erreichte damit ebenfalls den Höchststand in den letzten fünf Jahren.⁶

Das Hotel- und Gaststättengewerbe hat damit zwar das Angebot an Ausbildungsplätzen erheblich ausgeweitet, gleichzeitig aber auch in großem Umfang Arbeitskräfte freigesetzt. Auf die Stagnation in diesem Bereich haben die Betriebe also reagiert, indem sie einen größeren Teil ihres Bedarfs an Arbeitskräften durch zusätzlich eingestellte Auszubildende gedeckt haben. Auch wenn die Zahl der bis 1985 abgeschlossenen Ausbildungsverträge stark anstieg, wurden insgesamt erheblich mehr Arbeitskräfte im Bereich des Fremdenverkehrs arbeitslos, als in dem Zeitraum vor 1980. Diese negative Beschäftigungsentwicklung im Bereich des Fremdenverkehrs, die an dieser Stelle exemplarisch am Beispiel der Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Hotel- und Gaststättengewerbe beschrieben worden ist, hat besonders im Westen des Arbeitsamtsbezirkes, an der Nordseeküste, Auswirkungen gehabt, da der Kreis Nordfriesland mit 4,852 Mio. Übernachtungen zu den Hauptfremdenverkehrsgebieten Schleswig-Holsteins zählt. Im Gegensatz dazu spielt der Fremdenverkehr im Landkreis Schleswig-Flensburg eher eine untergeordnete Rolle.⁷

2. Die Ausbildungs- und Beschäftigungsprobleme Jugendlicher im Landesteil Schleswig

Diesen relativ ungünstigen ökonomischen Bedingungen steht eine im Vergleich zum Bundesdurchschnitt wie auch zum Landesdurchschnitt höhere Zahl von Ausbildungsnachfragern gegenüber. Wird als Indikator für diese Aussage der Anteil der Auszubildenden an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten herangezogen, kann zunächst einmal festgestellt werden, daß 1983 in Schleswig-Holstein der Anteil der Auszubildenden mit 9,5 % um 1,7 % über dem Bundesdurchschnitt von 8,2 % liegt. Im Raumordnungsbericht der Landesregierung wird daraus geschlossen, daß Schleswig-Holstein bei den Ausbildungsplätzen sowohl hinsichtlich des Niveaus als auch hinsichtlich der Zunahme deutlich höhere Werte aufzuweisen hatte.⁸

In der Statistik des Arbeitsamtsbezirkes ist zwar nicht der Anteil der Auszubildenden an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erfaßt, gleichwohl läßt sich aus dem Jahresdurchschnittswert von 12,5 % rückschließen, daß der Anteil der Auszubildenden an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten möglicherweise noch höher als im Landesdurchschnitt ist.⁹ Wie aus der folgenden Karte hervorgeht (Abb. 1), liegt insbesondere an der West- und Ostküste des Arbeitsamtsbezirkes der Anteil der Auszubildenden mit über 15 % fast doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt.

Einschränkend zu dieser Feststellung nennt der Raumordnungsbericht für die

hohen Anteile von Auszubildenden an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Nahbereichen der Westküste zwei Argumente:

- »Die hier besonders stark ausgeprägten Geburtenjahrgänge der 60er Jahre und die traditionell hohen Übergangsquoten ins »duale System« führen in diesen Räumen heute zu einer vergleichsweise hohen Nachfrage nach Ausbildungsplätzen.
- Die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, auf die die Zahl der Auszubildenden bezogen wird, ist in diesen ländlich strukturierten Landesteilen vergleichsweise niedrig. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in diesen Räumen im Vergleich zu den großen Städten und zum Hamburger Nachbarraum nur einen geringeren Anteil aller Arbeitsplätze erfaßt.«¹⁰

Der dann folgende Hinweis, die Wirtschaft dieser Räume sei aufgrund ihrer mittelständischen Struktur durch eine hohe Ausbildungsbereitschaft gekennzeichnet, kann zwar zur Erklärung der niedrigen Arbeitslosigkeit der 15-20jährigen im Vergleich zu den 20-25jährigen beitragen, er macht allerdings nur die Verschiebung des Problems der Jugendarbeitslosigkeit von der ersten auf die zweite Schwelle deutlich. Gerade in den klein- und mittelständischen Betrieben im Handwerk und Handel in dieser Region stellen die Auszubildenden häufig die im Vergleich zu ausgebildeten Beschäftigten »billigere Alternative« dar.

Die sogenannte »Ausbildung auf Vorrat«, die durch eine erhebliche quantitative Steigerung des Ausbildungsplatzangebots ermöglicht wurde, fand zu einem großen Teil in Ausbildungsberufen statt, in denen schon vor der Beschäftigungskrise 1973 kein kontinuierlicher Berufsverlauf gewährleistet war. Beschäftigungsrisiken erwachsen den Jugendlichen, die unter den Bedingungen eines eingeschränkten Ausbildungsmarktes einen Beruf erlernen, zudem aus der Tatsache, daß sie sich in Berufen qualifizieren, die weder in der Region noch auf dem Arbeitsmarkt insgesamt in der Zahl nachgefragt werden, in der in diesen Berufen ausgebildet wird.

Die Gründe für diese Entwicklung sind auf zwei Ebenen zu suchen:

1. Im Arbeitsamtsbezirk Flensburg wie auch im übrigen Schleswig-Holstein ist der Anteil der im Bereich der Industrie- und Handelskammern Ausgebildeten erheblich kleiner als in einem industriell geprägten Bundesland wie z. B. Baden-Württemberg. Dort wurden 1984 50,4 % der Auszubildenden im Bereich der Industrie- und Handelskammern ausgebildet, während im Arbeitsamtsbezirk Flensburg nur 44,2 % der Ausbildungsverträge im Bereich der Industrie- und Handelskammern abgeschlossen wurden.¹¹ Immer noch ist also in den ländlich strukturierten Regionen der Ausbildungsanteil im Bereich der Industrie- und Handelskammern deutlich niedriger als in hochverdichteten, industriell geprägten Regionen, obwohl seit 1980 im Arbeitsamtsbezirk Flensburg eine deutliche Verschiebung der Anteile der

neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse zu verzeichnen ist. Während 1980 noch 43 % der Ausbildungsverträge im Bereich des Handwerks abgeschlossen wurden, sank der Anteil des Handwerks bis 1984 auf 35,1 %. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil im Bereich der Industrie- und Handelskammer von 37,2 % auf 44,2 %. Damit ist zwar auch im Ausbildungsbereich eine gewisse Anpassung an die Erfordernisse der Dienstleistungsgesellschaft geleistet worden, andererseits sagen solche Verschiebungen natürlich noch nichts über die Qualität der Ausbildung aus.

2. Eine entscheidende Bedingung zur Veränderung des Beschäftigungsrisikos für Jugendliche ist eine breit angelegte und den Erfordernissen des Arbeitsmarktes gerecht werdende berufliche Bildung. In Großbetrieben mit eigenen Lehrwerkstätten wird versucht, schon aus Gründen der langfristigen Personalplanung eine qualifizierte berufliche Bildung zu vermitteln. Das klein- und mittelständisch orientierte Gewerbe in Handel und Handwerk im ländlichen Raum, das ohnehin schon über den eigenen Personalbedarf hinaus

ausbildet, orientiert die Durchführung der Ausbildung allerdings mehr an den jeweiligen Betriebserfordernissen als an dem Postulat einer fundierten beruflichen Bildung.¹²

Obwohl innerhalb des dualen Systems der beruflichen Bildung im Arbeitsamtsbezirk Flensburg von 1978 bis 1985 eine Steigerung der abgeschlossenen Ausbildungsverträge um über 25 % von 4 480 auf 5 680¹³ zu verzeichnen war, und die Arbeitslosenquote der unter 20jährigen kontinuierlich sank, gelang es nicht, das Problem der Jugendarbeitslosigkeit im Rahmen des dualen Systems in befriedigendem Maße zu lösen.¹⁴ Zwar stellt die Zahl von nur 51 nicht vermittelten Bewerbern und einer Vermittlungsquote von 96,5 % eine Verbesserung der Situation auf dem Ausbildungsmarkt dar, es muß aber hervorgehoben werden, daß im September 1986 im Arbeitsamtsbezirk Flensburg 686 Stellen aus dem Sonderprogramm¹⁵ der Landesregierung gefördert wurden und 773 Jugendliche an berufsvorbereitenden Maßnahmen teilnahmen.¹⁶ Nach Informationen des Arbeitsamts Flensburg konnte die Zahl der Jugendlichen in solchen Maßnahmen 1987 auf 460 reduziert werden. Darüber hinaus besuchen nach eigenen Schätzungen ca. 3 500 Schüler Berufsfachschulen und Berufsgrundbildungsjahre ohne Ausbildungsvertrag. Allein in Nordfriesland lag die Zahl der Berufsfachschüler 1985 bei über 1600¹⁷. Obwohl also die Statistiken eine deutliche Besserung der Ausbildungssituation signalisieren, kann festgestellt werden, daß ohne zusätzliche staatliche Maßnahmen – die zum Teil, etwa im Bereich der Berufsvorbereitung, auch aus einem Mangel an Alternativen besucht werden – das System der beruflichen Bildung im Arbeitsamtsbezirk Flensburg nicht in der Lage gewesen wäre, ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Ohne an dieser Stelle die oben angeführten Einwände gegen die Qualität der

beruflichen Bildung heranzuziehen, war also das duale System nicht einmal in der Lage, das quantitative Problem, die Bereitstellung ausreichender Ausbildungsplätze, zu lösen. Zur Überwindung der ersten Schwelle, beim Übergang von der Schule in die Berufsausbildung, ist also in den letzten Jahren in ländlichen Problemregionen, wie dem Arbeitsamtsbezirk Flensburg, durch zahlreiche Maßnahmen der Arbeitsverwaltung, der Landesregierung, aber auch der Kammern ein absoluter Zusammenbruch des »Ausbildungsmarktes« verhindert worden.

Der grundsätzlich in dünnbesiedelten Regionen vorhandene Mangel an Ausbildungsplätzen sei durch eine Graphik verdeutlicht (Abb. 2).

Die Lösung dieser Probleme geht jedoch zu einem nicht geringen Teil zu Lasten der Jugendlichen, z. B. wenn sie im Rahmen der meistens ein Jahr dauernden berufsvorbereitenden Maßnahmen häufig nur »Warteschleifen drehen« oder wenn sie sich in einem Beruf ausbilden lassen, für den später auf dem Arbeitsmarkt keine oder nur begrenzte Beschäftigungschancen bestehen. Zu diesen Maßnahmen, das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt ausgeglichener zu gestalten, müssen in gewissem Umfang auch die in Schleswig-Holstein erst jetzt begonnenen Schulversuche zur Einführung eines 10. Schuljahres für die Hauptschüler gerechnet werden. Das 10. Schuljahr bietet in diesem Zusammenhang Schülern, die noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, die Chance, die schulischen Leistungen zu verbessern und die Allgemeinbildung im Hinblick auf die veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen zu erweitern.¹⁸

Die Beschäftigungsrisiken für Jugendliche in strukturschwachen Gebieten verlagern sich also zunehmend auf die Zeit nach der Absolvierung einer Berufsausbildung. Dieser Trend wird auch durch Angaben des Arbeitsamtes Flensburg gestützt, nach denen 1986 2130 Arbeitslosenmeldungen von Jugendlichen vorgenommen worden waren.¹⁹ Wird diese Zahl auf die der drei Jahre vorher abgeschlossenen Ausbildungsverträge bezogen, bedeutet das, daß über 40 % derjenigen, die einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen hatten, nach Beendigung der Ausbildung nicht von ihrem Betrieb übernommen worden sind. Tatsächlich liegt der Prozentsatz derjenigen, die in dieser Region nach der Ausbildung nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen wurden, erheblich höher, da bei dieser Rechnung nicht diejenigen berücksichtigt worden sind, die ihr Ausbildungsverhältnis bereits vor Abschluß der Prüfung gelöst haben.

In der hohen Quote der nach der Ausbildung Arbeitslosen und in den offiziell vom Arbeitsamt angegebenen Quoten für die Beschäftigten zwischen 20 und 24 Jahren und 25 bis 34 Jahren drückt sich die regionale Ungleichheit der Verteilung des Beschäftigungsrisikos Jugendlicher und junger Erwachsener am stärksten aus.²⁰ Während in den Wachstumsregionen des Südens mit relativ geringen Arbeitslosenquoten auch der Eintritt in neue Beschäftigungsverhältnisse leichter ist, sind Jugendliche in der ländlich geprägten Provinz wesentlich größeren

Schwierigkeiten ausgesetzt, eine neue Beschäftigung zu finden.²¹ In diesen Regionen wirkt sich gerade für die neu in den Arbeitsmarkt Eintretenden die negative konjunkturelle Entwicklung aus.

In den Arbeitsamtsbezirken Flensburg, Heide und Kiel z. B. nahm die Arbeitslosigkeit 1986 nur um ganze 59 Arbeitsuchende ab, die konjunkturelle Besserung in Schleswig-Holstein blieb also auf die südlichen Arbeitsamtsbezirke des Landes begrenzt. Im Arbeitsamtsbezirk Flensburg wäre sogar noch eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit eingetreten, wenn nicht im Rahmen der sogenannten Qualifizierungsoffensive und durch eine Aufstockung der ABM um 30 % ein »Entlastungseffekt« von 2,5 % erzielt worden wäre. D. h., die Arbeitslosenquote wäre ohne diese Maßnahmen um 2,5 % höher gewesen. Während die Beschäftigung am Bau und im Dienstleistungssektor aufgrund leichter konjunktureller Erholung zunahm, ist die enorme Zunahme der Arbeitsplätze in Land- und Forstwirtschaft vornehmlich auf befristete ABM-Programme zurückzuführen.²² Laut Auskunft des Pressesprechers des Kreises Nordfriesland, Schantz, soll mit AB-Maßnahmen in diesem Bereich insbesondere versucht werden, jugendliche Langzeitarbeitslose²³ wieder in das Beschäftigungssystem zu integrieren.

Aufgrund der schlechten Arbeitsmarktsituation hat der Kreis Nordfriesland, der westliche Teil des Arbeitsamtsbezirkes, 1985 im Kreistag ein Sonderprogramm Arbeit und Soziales beschlossen, das zum Ziel hat, bis auf weiteres jährlich 500 ABM-Stellen mit 2,4 Mio. DM zusätzlich zu den Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit zu fördern. Nach Meinung des Pressesprechers haben diese AB-Maßnahmen insbesondere für jugendliche Langzeitarbeitslose, die von Marginalisierung oder von Strukturalisierung²⁴ betroffen sind, die Funktion, ihre Arbeitsfähigkeit zu verbessern und ihnen möglicherweise auch eine Vermittlungschance in anderen, günstiger strukturierten Regionen zu ermöglichen. Von der Möglichkeit, außerhalb Nordfrieslands im Anschluß an die ABM ein Arbeitsverhältnis zu beginnen, machten Schantz' Angaben zufolge etwa 5 % der ABMler Gebrauch.

Nachdem sich zumindest in der Ausbildungsplatzsituation im gewerblichen Bereich die Lage erheblich entspannt hat, besteht insbesondere in kaufmännischen Berufen ein Defizit an Ausbildungsplätzen. Von dieser Entwicklung sind vor allem Mädchen und junge Frauen betroffen, da 50 % aller Ausbildungsverhältnisse von Mädchen und jungen Frauen im Bereich der Industrie- und Handelskammer abgeschlossen werden.²⁵ Im Landesausschuß für Berufsbildung weist der Vertreter des Arbeitsamtes am 26. 8. 1985 in Kiel auf die Probleme bei der Vermittlung von Mädchen hin, insbesondere wenn als Berufswunsch Bürogehilfin, Verkäuferin, Friseurin oder Fachverwaltungsangestellte angegeben wurde. In der gleichen Sitzung bestätigt der Vertreter der Industrie- und Handelskammer dieses Problem für den Kammerbezirk Flensburg.²⁶ Auch in seiner Kurzdarstellung der

Ausbildungssituation während der 16. Sitzung des Landesausschusses für Berufsbildung hebt der Vertreter des Landesarbeitsamtes, Brückner, das Problem der »Unterbringung« und Vermittlung von Mädchen besonders hervor. Während insgesamt die Zahl der Haupt- und Realschulabgänger 1986 deutlich zurückging, stieg der Anteil der nachfragenden Abiturienten. Der Anteil der Mädchen war überproportional hoch.

Den enorm hohen Anteil der Mädchen unter den Bewerbern belegt auch die Statistik des Arbeitsamtsbezirkes Flensburg über gemeldete Berufsausbildungsstellen, Bewerber und Ratsuchende, Sept. 1986, Übersicht 2: Von den insgesamt 4 529 gemeldeten Bewerbern des Berichtsjahres waren immerhin 54,2 % weiblich. Auch bei den 9 657 Ratsuchenden überwog die Zahl der weiblichen mit 51,6 %. Daß von den 151 nicht vermittelten Bewerbern am Ende des Berichtsmonates 58,9 % Frauen waren, weist ebenfalls auf die besonderen Schwierigkeiten bei der Vermittlung von weiblichen Jugendlichen in Ausbildungsverhältnisse hin, obwohl die relativ geringe Zahl von 89 nicht vermittelten weiblichen Jugendlichen in der Statistik mit Sicherheit nicht die Probleme widerspiegelt, die in diesem Bereich wirklich vorhanden sind.

Viel eindrucksvoller läßt sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit von Mädchen und jungen Frauen verdeutlichen, wenn die Steigerungsraten der Arbeitslosigkeit von Männern und Frauen unter 20 und von 20 bis 25 zwischen 1984 und 1985 im Landesarbeitsamtsbezirk Schleswig-Holstein-Hamburg miteinander verglichen werden: Während bei den Männern die Arbeitslosigkeit dieser Altersgruppen nur um 1,3 % bzw. 0,8 % stieg, nahm sie im gleichen Zeitraum bei den Frauen um 14,7 % bzw. 10,5 % zu und lag damit zumindest bei den unter 20jährigen mit 8 436 zahlenmäßig knapp 700 über der der Männer.²⁷

Auch wenn es gelungen ist, die Zahl der nicht vermittelten Ausbildungsplatzbewerber im Arbeitsamtsbezirk Flensburg Ende September 1987 auf 109 zu senken, sind das Ausbildungsproblem und das Beschäftigungsrisiko für Jugendliche im Landesteil Schleswig noch längst nicht gelöst.

Neben der Verschiebung der Jugendarbeitslosigkeit von der ersten auf die zweite Schwelle bleibt das Problem der Spaltung des Ausbildungsstellenmarktes²⁸ auch für die nächsten Jahre bestehen. Einerseits gibt es einen fehlenden Nachwuchs vor allem in einigen gewerblichen Berufen, und andererseits mangelt es in bestimmten Dienstleistungsbereichen, insbesondere auch für Mädchen noch an einer ausreichenden Zahl von Ausbildungsplätzen.

ANMERKUNGEN:

- 1 Koller, M., Kridde, H., Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in den Regionen, Strukturen und Entwicklungslinien, in MittAB, 9/1986, S. 400.
- 2 Arbeitsamt Flensburg, Statistisches Sonderheft, Ausgewählte Jahreszahlen der

- Arbeitsmarktpolitik, Flensburg 1986.
- 3 Arbeitsamtsbezirk Flensburg, Statistik über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Flensburg 31. 3. 1986.
 - 4 Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Raumordnungsbericht, Bonn-Bad Godesberg 1986, S. 95.
 - 5 vgl. Arbeitsamt Flensburg, Statistisches Sonderheft, Sonderuntersuchung Arbeitslose, offene Stellen, September 1985, Flensburg September 1985, Übersicht 3. 58
 - 6 Arbeitsamt Flensburg, Statistik über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge, Flensburg, 3.2.1986.
 - 7 Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Statistisches Taschenbuch, Kiel 1986, S. 147.
 - 8 vgl. Landesregierung Schleswig-Holstein, Raumordnungsbericht 1985, S. 76.
 - 9 vgl. Arbeitsamt Flensburg, Statistik über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Flensburg 31. 3.1986.
 - 10 Landesregierung Schleswig-Holstein, Raumordnungsbericht 1985, S. 76.
 - 11 Eigene Rechnung nach Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Grund- und Strukturdaten 1985/86, S. 86 und Arbeitsamt Flensburg, Statistik über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge, 3. 6. 1986.
 - 12 vgl. Petzold, H. H., Schlegel, W., »Qual ohne Wahl« Jugend zwischen Schule und Beruf, Frankfurt am Main 1983, S. 138 ff.
 - 13 vgl. Arbeitsamt Flensburg, Statistik über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge, Flensburg 3.6.1986.
 - 14 Seit 1986 ist die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge allerdings wieder rückläufig. Sie nahm im Vergleich zum Vorjahr um 8,2 % auf 5214 ab. Vgl. Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein-Hamburg, Protokoll des Landesausschusses für Berufsbildung, 20.11.1987, Anlage 5.
 - 15 vgl. Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein-Hamburg, Protokoll des Landesausschusses für Berufsbildung, 27.10. 1986, Anlage 1. Seit 1981 hat die schleswig-holsteinische Landesregierung einen Landesausschuß für Berufsbildung eingerichtet, um in gemeinsamer Absprache mit den Beteiligten von Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern, Gewerkschaften und Regierungsvertretern geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Bildung zu ergreifen. Die Federführung dieses Gremiums liegt beim Minister für Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein.
 - 16 Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein, Statistisches Sonderheft, Februar 1987, Tabelle 9.
 - 17 Eigene Berechnung nach Kreis Nordfriesland, Kreistag/Kreisverwaltung, Finanz- und Strukturdaten, Haushalt 1986, S. 7.
 - 18 Husumer Nachrichten, 1. 4. 1987.
 - 19 Husumer Nachrichten, 1. 1. 1987.
 - 20 Leider gab es beim Arbeitsamt Flensburg keine offiziellen Daten darüber, wie viele Jugendliche nach Abschluß ihrer Ausbildung in ihren Betrieben verbleiben und wie viele anschließend in ihrem Beruf oder außerhalb ihres Berufes tätig werden.
 - 21 vgl. Engelbrecht, G., Kabbert, R., Stegemann, H., Ausbildungsentscheidungen Jugendlicher in den Ländern der BRD, in: MatAB, 9/1982, S. 4.
 - 22 vgl. Husumer Nachrichten, 10.1.1987.

- 23 Als Langzeitarbeitslose werden die Arbeitslosen bezeichnet, die länger als ein Jahr arbeitslos gemeldet sind.
- 24 vgl. Gatzweiler, H.-P., Regionalisierung des Arbeitsmarktes und ihre Bedeutung aus der Sicht der Raumordnung, in: Hurler, P., Pfaff, M., Gestaltungsspielräume der Arbeitsmarktpolitik auf regionalen Arbeitsmärkten, Berlin 1984, S. 35.
- 25 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.), Berufsbildungsbericht, Schriftenreihe, Grundlagen und Perspektiven für Bildung und Wissenschaft, Bonn 1986, S. 78.
- 26 vgl. Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein-Hamburg, Protokoll des Landesausschusses für Berufsbildung, 26. 8.1985, S. 2 und 4.
- 27 Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Statistisches Sonderheft, Ergebnisse der Sonderuntersuchung über Arbeitslose und offene Stellen, September 1982-1985, Kiel 1986.
- 28 vgl. Ursula Engelen-Kefer, Frankfurter Rundschau, 3. 2.1988.

LITERATUR:

- Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Informationen zur Raumentwicklung, Bonn, Heft 11/12 1985.
- Dehrenbach, R., Berufliche Eingliederung geburtenstarker Jahrgänge in den Regionen der BRD, in: Raumforschung und Raumordnung, 43. Jg., 1985, Heft 2.
- Engelbrecht, G., Kabbert, R., Stegmann, H., Ausbildungsentscheidungen Jugendlicher in den Ländern der BRD, in: MatAB, 9/82.
- Gatzweiler, H. P., Regionalisierung des Arbeitsmarktes und ihre Bedeutung aus der Sicht der Raumordnung, in: Hurler, P., Pfaff, M., Gestaltungsspielräume der Arbeitsmarktpolitik auf regionalen Arbeitsmärkten, Berlin 1984.
- Koller, M., Kridde, H., Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in den Regionen, Strukturen und Entwicklungslinien, in: mittAB, 9/1986, Landesregierung Schleswig-Holstein, Raumordnungsbericht 1985, Kiel 1985.
- Petzold, H. H., Schlegel, W., »Qual ohne Wahl«. Jugend zwischen Schule und Beruf, Frankfurt am Main 1983.

Wilhelm Käber †

Wilhelm Käber war viele Jahre lang Vorstandsmitglied des Grenzfriedensbundes. Seine sozialdemokratischen Überzeugungen, seine politischen Erfahrungen und seine persönliche Integrität machten ihn zu einem wichtigen Ratgeber für unsere Arbeit. Er starb 91-jährig im November 1987. In den ersten Jahren nach dem 2. Weltkrieg war er Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, später, und zwar von 1953 bis 1966, führte er die Opposition im schleswig-holsteinischen Landtag. Anlässlich seines Todes erklärte die Landtagspräsidentin Lianne Paulina-Mürl vor dem Plenum:

»Meine Herren und Damen, am 19. November 1987 ist der ehemalige Abgeordnete und langjährige Oppositionsführer des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Landesminister a. D. Wilhelm Käber, verstorben. Er gehörte dem Landtag von 1946 bis 1967 an. Als tatkräftige Persönlichkeit mit hohem fachlichem Wissen und großem sozialem Verantwortungsbewußtsein genoß er überall großes Ansehen. Er hat sich um Schleswig-Holstein verdient gemacht mit seinem bedeutendsten Werk, der Landessatzung, die bis heute fast unverändert gültig ist. Aus Gesprächen und Briefen Wilhelm Käbers weiß ich, daß ihn selbst noch in den letzten Wochen die große Sorge um Schleswig-Holstein nicht ruhen ließ, sich für politische Glaubwürdigkeit und Wahrhaftigkeit einzusetzen.«

Auch wir verlieren mit ihm einen Freund und Wegbegleiter unserer Bemühungen um die deutsch-dänische Verständigung.

Artur Thomsen

Sozialdienst Nordschleswig wird 40 Jahre alt

Apenrade. 14 995 ehrenamtliche Einsätze in 20 angeschlossenen örtlichen Vereinen hat der Sozialdienst Nordschleswig – die Sozialorganisation der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig mit Sitz in Apenrade – im vergangenen Jahr leisten können. Eine stolze Bilanz für den Verband, der am Sonnabend, 27. Februar, in der Sporthalle in Tingleff sein 40jähriges Bestehen feiern konnte.

Das ehrenamtliche Element steht beim Sozialdienst Nordschleswig seit eh und je im Vordergrund, konnte in den letzten Jahren gar noch verstärkt werden. 179 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sorgen »vor Ort« für Abhilfe bestehender sozialer Probleme, dabei tatkräftig unterstützt von acht Familienberaterinnen. Sie sind über den ganzen Landesteil Nordschleswig verstreut und brachten es 1987 auf 10 133 Einsätze. Dabei legten sie in ihren Dienstwagen 72 681 Kilometer zurück.

Unter Vorsitz von Hausfrau Anneliese Bucka, Hostrup (bei Tondern), und gegliedert in die Ausschüsse für Seniorenarbeit und für Familie und Jugend, bietet der Sozialdienst Nordschleswig seinen Mitgliedern ein umfangreiches Programm. Es reicht von Seminaren und Freizeiten im Familienerholungsheim »Haus Quickborn« in Kollund am dänischen Nordufer der Flensburger Förde mit zwei Angestellten über Tagesfahrten für Behinderte, Klubnachmittage der örtlichen Vereine und überregionale Seniorennachmittage bis hin zu Familienseminaren zu ständig aktuellen Themen wie Erziehungsfragen, Ernährung und Gesundheitspflege.

Darüber hinaus kümmern sich in der Apenrader Geschäftsstelle des Sozialdienstes Nordschleswig Geschäftsführerin Hannemie Schmidt und zwei weitere Mitarbeiterinnen um das eher »Technisch-Bürokratische«, ist doch die dänische Sozialgesetzgebung in den letzten 25 Jahren immer komplexer geworden, so daß es heutzutage detaillierter und profunder Fachkenntnisse bedarf, die sozialen Leistungen der dänischen öffentlichen Hand auch für die Mitglieder der deutschen rund 20000köpfigen Volksgruppe angemessen und eigenständig nutzbar zu machen.

Pressedienst Nordschleswig, 22.2.88

109 Schulanfänger in den deutschen Schulen Nordschleswigs

30 Prozent mehr ABC-Schützen als zum Schuljahresbeginn 1987/88.

Apenrade. Zum Schuljahresbeginn 1988/1989 im August werden die 16 deutschen Schulen in Nordschleswig 109 Schulanfänger verzeichnen können. Das sind 30 Prozent mehr als zum Schuljahresbeginn 1987/88, als 84 ABC-Schützen eingeschult wurden.

»Zuletzt hat es 1982 einen solch großen Anfängerjahrgang gegeben«, erklärte Franz Christiansen, Schulrat beim Deutschen Schul- und Sprachverein für Nordschleswig, Apenrade. Die Steigerung der Anfängerzahl an den deutschen Schulen des dänischen Landesteils falle »ganz besonders ins Gewicht, da in ganz Nordschleswig immer noch geburtenschwache Jahrgänge eingeschult werden«.

Nach einer Hochrechnung des Deutschen Schul- und Sprachvereins werden ab Schuljahresbeginn 1988/89 1012 Jungen und Mädchen die Klassen eins bis zehn der deutschen Schulen besuchen. Hinzu kommen ab August weitere 60 Schüler an der Deutschen Nach- und Jugendvolkshochschule Tingleff. Am Deutschen Gymnasium für Nordschleswig, Apenrade, werden derzeit rund 130 Gymnasiasten unterrichtet.

Pressedienst Nordschleswig, 22.2.88

Glückwunsch!

Dem dänischen Staatsminister Poul Schlüter ist gestern nachmittag in Kiel der Hermann-Ehlers-Preis verliehen worden, ein Preis, den zuvor u. a. der frühere deutsche Außenminister Gerhard Schröder und der ehemalige Vorsitzende des EG- Parlaments, der Franzose Pierre Pflimlin, erhalten hatten. Daß der dänische Regierungschef in Kiel geehrt wurde, war gewiß kein Zufall, denn der konservative Schlüter hat, wie es der Vorsitzende der Hermann-Ehlers-Akademie, der frühere CDU-Ministerpräsident und Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel, in seiner Laudatio ausdrücklich würdigte, sich als dänischer Patriot und Europäer zugleich auch große Verdienste in der Politik zwischen den beiden Nachbarländern erworben, insbesondere aber in der Grenzlandpolitik. Kein Wunder also, daß der Hauptvorsitzende des »Bundes deutscher Nordschleswiger«, Gerhard Schmidt, der auf der Festveranstaltung ehrenvoll das Schlußwort sprach, der Hermann-Ehlers-Akademie zu dieser »hervorragenden Wahl« nur gratulieren und dem dänisch-nordschleswigschen Landsmann »til lykke« wünschen konnte!

Schlüter hat in seiner auf deutsch vorgetragenen Festansprache noch einmal mit aller Deutlichkeit sein europa-politisches Engagement betont, das sowohl bei der erfolgreichen dänischen Volksabstimmung über das EG-Paket als auch bei dem allerdings (von ihm nicht verschuldeten) weniger erfolgreich verlaufenen EG-Gipfel in Kopenhagen zum Ausdruck gekommen ist. Für Schlüter gibt es bei aller Notwendigkeit einer dänischen Brückenfunktion zum Norden keine Alternative zum Ja zu Europa – Äußerungen, die in Kiel nicht nur bei Kai-Uwe von Hassel auf offene Ohren und auf viel Beifall stießen.

Mit besonderem Interesse ist natürlich auch vermerkt worden, was Schlüter in der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt grenzlandpolitisch an Pflöcken eingeschlagen hat. Er übernahm – vor dem Hintergrund der noch immer aktuellen Kieler Affäre sicherlich ganz bewußt – die Formulierungen des früheren Ministerpräsidenten Uwe Barschel, der im Landtag bei der Debatte über den Minderheitenbericht der Landesregierung erklärt hatte, »die Minderheiten seien keine Gäste im eigenen Staat«. Schlüter baute diese Position noch mit der Forderung nach Sonderregelungen für beide Minderheiten aus – dort, wo die formale Gleichberechtigung eben nicht ausreicht. Auch wenn dies manchmal auf beiden Seiten Ärger bringt und Geld kostet, der dänische Regierungschef ließ keine Zweifel aufkommen: es muß sein, wenn wir die Worte von der kulturellen Bereicherung durch die Minderheiten ernst meinen und auch ernst nehmen wollen! Hauptvorsitzender Schmidt dankte dem dänischen Regierungschef vor allem für diese Haltung, und er fand zweifelsohne die breite Zustimmung der großen Versammlung in der Hermann-Ehlers-Akademie, als er auf die Denkwürdigkeit dieser Kieler Veranstaltung hinwies, denn sowohl der Geehrte als auch der Ehrende haben ja grenzlandpolitische Akzente gesetzt.

Weist ihn aus

Es ist nichts Neues, daß es Beamten – und das gilt sowohl für deutsche wie für dänische Beamte – oft an Fingerspitzengefühl mangelt. Sie haben ihre Vorschriften und Gesetze, um sich daran zu halten – und tun das. Im allgemeinen ist das auch gut so, aber ab und zu geht es schief. Dann werden Entscheidungen getroffen, die niemals hätten getroffen werden dürfen.

Flensburg Avis hat bereits früher darüber Klage geführt, daß Beamten jenes Fingerspitzengefühl gerade dann fehlt, wenn es sich um das Grenzland handelt. Zuletzt haben wir das festgestellt, als dänische Beamte dem Schriftsteller Siegfried Lenz (»Die Deutschstunde«) die Genehmigung verweigerten, sein großes Sommerhaus in Südjütland gegen ein kleineres in derselben Gegend einzutauschen (was zur Folge hatte, daß er heute gar keinen Wohnsitz mehr in Dänemark unterhält – Anm. d. Übersetzers). Rein formell wurde korrekt gehandelt, aber es gibt auch Dispensationsmöglichkeiten, wenn man nur will. Berücksichtigt man etwa, daß Siegfried Lenz eine enge kulturelle Bindung zu Dänemark unterhält, so wäre eine »Lex Lenz« angebracht gewesen. Aber nein, man hielt sich auf Punkt und Komma an die Vorschriften – ohne noch einmal nachzudenken.

Jener Fall mangelnden Fingerspitzengefühls bei dänischen Beamten, der jetzt bekannt geworden ist, muß als noch krasser gelten als die bisherigen. Mit einer dänischen Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung macht es sich der Neo-Nazi Thies Christophersen in Kollund gemütlich, von wo aus er alle möglichen Leute mit seinen antijüdischen Schriften versorgt. Die dänische Fremdenpolizei, die sich ansonsten sehr energisch zeigt, hätte schon längst feststellen müssen, daß man einem Rechtsextremisten Unterschlupf gewährt hat, gegen den bei der Staatsanwaltschaft Flensburg ein Haftbefehl vorliegt.

Es ist der Nazi-Jäger Simon Wiesenthal gewesen, der auf die Sache aufmerksam gemacht hat.

Nachdem am Wochenende in dänischen Zeitungen über den Vorgang berichtet wurde, ist jetzt der dänische Justizminister aufgefordert, umgehend dafür zu sorgen, daß Thies Christophersen aus Dänemark ausgewiesen wird. Und man darf hoffen, daß er noch heute bei der Staatsanwaltschaft Flensburg zur Ablieferung gelangt, die ihm sicher eine neue Bleibe verschaffen wird. Dänemark darf es jedenfalls nicht hinnehmen, daß ein Mann vom Schlage Christophersens das Recht haben könnte, weiterhin seine antisemitischen Thesen in ganz Europa zu verbreiten.

Christophersen soll ausgeliefert werden

Kopenhagen (Ino). Die Regierung Dänemarks will den wegen neonazistischer Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland gesuchten Deutschen Thies Christophersen ausliefern. Das teilte Justizminister Erik Nin-Hansen gestern in Kopenhagen mit. Trotz dieser dänischen Entscheidung über den von der schleswig-holsteinischen Landesregierung gestellten Auslieferungsantrag wird in Kopenhagen eine baldige Überstellung Christophersens ausgeschlossen. Der 69jährige hatte kurz nach Bekanntwerden des deutschen Ersuchens in Dänemark einen Antrag auf Gewährung von politischem Asyl gestellt. Nin-Hansen kündigte an, vor der endgültigen Entscheidung hierüber sei eine endgültige Auslieferung des Deutschen nicht möglich.

Flensburger Tageblatt, 3.3.1988

Rundfunkdiskussion über Artikel in den GFH

Auf Eckhard Bodensteins Beitrag „Der ewig ‚häßliche Deutsche‘?“ (GFH 2/87) hat es nun noch eine weitere Reaktion gegeben (vgl. GFH 3/87): am 22.1.1988 lud der Leiter von Danmarks Radio in Apenrade, Frode Kristoffersen, den früheren Amtsborgmester Erik Jessen und Eckhard Bodenstein zu einer Diskussion des Artikels ein. In der in freundschaftlichem Ton geführten Diskussion, die direkt übertragen wurde, bestand Einigkeit darüber, daß es weiterer Anstrengungen bedürfe, um zählige Negativklischees auf beiden Seiten der Grenze durch eine differenzierte, faire Betrachtungsweise zu ersetzen.